

Sächsishe Elbzeitung

Tageblatt für die

enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonto: Stadtbank Bad Schandau Nr. 12. — Postkonten: Dresden 33327. Fernspr.: Bad Schandau Nr. 22. — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau.

Erscheint täglich nachmittags 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: frei Haus monatlich 1,85 RM. (einschl. Trägergeld), für Selbstabholer monatlich 1,65 RM., durch die Post 2,00 RM. einschl. Postgeld. — Einzelnummer 10, mit illustrierter 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor.



Sächsische Schweiz

Zeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmiffa, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung Alma Hiele, Inh. Walter Hiele. Verantwortlich: Walter Hiele.

Anzeigenpreis (in RM.): Die Tagespaltene 35 mm breite Petitzeile 20 Pfg., für auswärtige Auftragsgeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für in- und ausländische Zeitungen.

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Das Unterhaltungsblatt“, „Das Leben im Bild“
„Die Frau und ihre Welt“, Illustrierte Sonntagsbeilage.

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung berechtigt nicht zur Bezugspreisrückzahlung oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung.

Nr. 26

Bad Schandau, Montag, den 1. Februar 1932

76. Jahrgang

Vom fernöstlichen Kriegsschauplatz Standrecht in der internationalen Niederlassung Schanghai Der chinesische Widerstand verstärkt sich!

Schanghai. In der internationalen Niederlassung Schanghai ist das Standrecht erklärt worden. Von abends 10 bis morgens 4 Uhr darf sich niemand auf den Straßen zeigen. Öffentliche Versammlungen sind verboten. Die Stadtverwaltung hat drei Ausschüsse eingesetzt, die sich mit der Verwendung der verfügbaren männlichen Bevölkerung für die verschiedenen Zwecke, mit der Unterbringung von Truppen usw. zu befassen haben. Die Versorgung mit Nahrungsmitteln hat sich wieder gebessert. Die Märkte wurden wieder eröffnet. Circa eine halbe Million Chinesen sind durch die Schließung der Baumwollspinnereien und Läden arbeitslos geworden.

Es machen sich Anzeichen bemerkbar, daß der Streik, der als Protest gegen Japan gedacht war, zusammenbricht. Die chinesischen Banken waren zum Teil heute schon wieder geöffnet.

In Londoner politischen Kreisen ist man der Auffassung, daß der Beschluß der chinesischen Regierung, Japan den Krieg zu erklären, wenn er sich bestätigen sollte, möglicherweise nur den Zweck verfolgt, die Völkerbundsmaschinerie in Gang zu setzen.

Ein japanischer zuständiger Stelle wird erklärt, daß eine offizielle Nachricht über einen Beschluß der chinesischen Regierung, Japan den Krieg zu erklären, weder beim Auswärtigen Amt noch bei den japanischen diplomatischen Vertretungen in China vorliegt. Das Auswärtige Amt hat seinen Geschäftsträger in China beauftragt, festzustellen, ob die Nachricht den Tatsachen entspricht.

Tschiangkaijets Kampfanlage

Tschiangkaijet richtete an die Konsuln der fremden Mächte in Schanghai ein Telegramm, in dem er sagt: „Je mehr wir ertragen, desto angreifbarer werden die Japaner. China ist in Gefahr. Wer vaterländisch empfindet, kann die Bedrückung durch die Japaner nicht länger ertragen.“

Der Augenblick ist gekommen, da die Regierung und ihre Armeen sich erheben müssen, um die Ehre der Nation und das Dasein des chinesischen Volkes zu verteidigen. Wir wollen uns lieber schlagen und Opfer bringen, als uns vor den Japanern beugen, die das Recht verkehrt und den Weltfrieden gebrochen haben.“

Eine japanische Schlappe?

Wie „Associated Press“ meldet, sollen die Japaner ihre Truppen aus der Chinesenstadt von Schanghai zurückgenommen haben, und zwar wegen des Eintreffens chinesischer Verstärkungen.

Die besten Truppen Tschiangkaijets sollen aus Nanking eingetroffen sein und, wie gutunterrichtete Beobachter mitteilen, Stellungen bezogen haben. Die Verstärkung des Gewehrregiments seit 4 Uhr früh (Ortszeit) soll auf ihren Einsatz zurückzuführen sein.

Zuspitzung der Lage in Nanking?

Das amerikanische Konsulat in Nanking hat allen amerikanischen Staatsangehörigen bekanntgegeben, sich bereit zu halten, um binnen zwei Stunden nach Erteilung einer diesbezüglichen Anweisung die Stadt räumen zu können.

Tschiangkaijet, der kürzlich zum Ministerpräsidenten ernannte Wangtschingwei und der Präsident der Regierung Cuiwen sind zusammen aus Nanking abgereist. Ihr Reiseziel ist nicht bekannt; doch glaubt man, daß sie sich nach Schanghai begeben werden.

Am die Ostchinesische Bahn

Der japanische Botschafter in Moskau, Hirota, stattete dem stellvertretenden Volkskommissar des Außenministeriums Karachan einen Besuch ab, und übergab ihm eine Mitteilung über die Lage in der Nordmandschurei, worin es heißt: Die japanische Regierung hat keinerlei Absicht, die Interessen der Ostchinesischen Bahn zu verletzen, doch muß die Ostchinesische Bahn zum Transport japanischer Truppen benutzt werden. Für den Transport japanischer Truppen wird die japanische Regierung entsprechende Beträge zahlen. Um Mißverständnissen seitens der Sowjetregierung vorzubeugen, beauftragte die japanische Regierung ihren Botschafter, die Sowjetregierung über den wahren Sinn der Entsendung japanischer Truppen nach Chharbin aufzuklären.

Karachan bemerkte im Gespräch mit dem japanischen Botschafter, daß gerade die Art der Lätigkeit der japanischen

Behörden im Gebiet von Chharbin zu jenen Mißverständnissen führe, die die japanische Regierung vermeiden wolle. Was den Transport japanischer Truppen im Gebiet von Chharbin betreffe, so hänge der nicht allein von der Sowjetunion ab, sondern in erster Linie von den chinesischen Behörden, die gemeinsam mit Vertretern der Sowjetunion die Ostchinesische Bahn verwalten, wobei nicht vergessen werden dürfe, daß die Ostchinesische Bahn über das Gebiet Chinas führt.

Wenn die chinesischen Behörden den Transport japanischer Truppen im Gebiet von Chharbin gestatten, so habe natürlich die Sowjetregierung keinen Grund, Hindernisse zu bereiten, unter der ausdrücklichen Bedingung allerdings, daß die Interessen der Ostchinesischen Bahn nicht verletzt werden. China wird selbstverständlich seine Zustimmung nicht geben.

Südostende der Eisenbahn zerstört

Die Telegraphenagentur der Sowjetunion verbreitet eine Pressemeldung, die von ernsthaften Zerstörungen an der Südostende der Ostchinesischen Eisenbahn spricht. In der Meldung heißt es: Auf Verfügung des chinesischen Kommandos wurden einige Eilzüge der Südostende der ostchinesischen Bahn zerstört und einige Brücken gesprengt. Die Angestellten der ostchinesischen Bahn widersetzten sich der Zerstörung der Eisenbahnstrecke. Sie nahmen die chinesischen Soldaten fest und verprügelten sie.

Japan droht dem Völkerbund

Der japanische Außenminister teilte dem britischen Botschafter mit, daß Japan in der ausländischen Konzessionszone in Schanghai nichts unternehmen werde, ohne sich vorher mit den örtlichen Behörden verständigt zu haben.

Ein Vertreter des Außenministeriums gab zu verstehen, daß, wenn eine Berufung auf die Artikel zehn und fünfzehn des Völkerbundsstatutes erfolge, Japan sich veranlaßt sehen könnte, sich aus dem Völkerbunde zurückzuziehen.

Genf läßt untersuchen China protestiert.

Genf, 31. Januar.

Der Völkerbundsrat hat auf Vorschlag des Generalsekretärs des Völkerbundes beschlossen, einen neuen Untersuchungsausschuß zu bilden, der aus den ständigen Vertretern der Ratmächte in Schanghai zusammengesetzt sein soll und der dem Völkerbundsrat unverzüglich einen Bericht über den Ursprung und die Entwicklung der Ereignisse und den gegenwärtigen Stand in Schanghai erstatten soll.

Dem Untersuchungsausschuß steht es frei, weitere Personen zu der Untersuchung hinzuzuziehen. Damit ist die Möglichkeit gegeben, die Vertreter der amerikanischen Regierung zu der Untersuchung zuzuziehen. Die Verhandlungen zwischen Washington und Genf über diesen Punkt sind gegenwärtig noch nicht endgültig abgeschlossen. Die Vertreter von Frankreich, England, Italien, Deutschland, Spanien und Norwegen gaben bekannt, daß sie von ihren Regierungen ermächtigt seien, dem Völkerbundsrat mitzuteilen, daß ihre ständigen Vertreter in Schanghai dem Völkerbundsrat für die Untersuchung zur Verfügung ständen.

Der chinesische Vertreter protestierte dagegen, daß bis jetzt die Untersuchung sich ausschließlich auf die Ereignisse in Schanghai beschränke. Die chinesische Regierung habe das Verfahren des Artikels 15 nicht allein wegen Schanghai, sondern wegen der japanischen Angriffe in der Mandschurei beantragt. Die chinesische Regierung verlange, daß die Untersuchung auf den ganzen Konflikt ausgedehnt werde.

Für eilige Leser.

* Der Reichspräsident empfing den Gouverneur a. D. Dr. Schnee, der sich in seiner Eigenschaft als deutsches Mitglied der vom Völkerbundsrat ernannten Mandschureikommission meldete.

* Der deutsche Botschafter Freiherr v. Neurath hat der britischen Regierung das Weiteid der Reichsregierung zum Untergang des britischen Unterseesbootes M. 2 ausgedrückt.

* Wie die polnische Presse meldet, befinden sich die Handelsvertragsverhandlungen zwischen Polen und Oesterreich vor dem Abschluß. Allerdings soll zunächst nur ein dreimonatiges Handelsprovisorium unterzeichnet werden.

* Der finnische Reichstag nahm mit 120 gegen 45 Stimmen endgültig das Alkoholgebot an. Die Vorbereitungen zur Durchführung des Systems werden wahrscheinlich bis zum 1. April abgeschlossen sein.

Der Kampf um Schanghai.

Schapei von den Chinesen gehalten.
Schanghai, 1. Februar.

Die Kämpfe um den Besitz von Schanghai dauern an. Zwanzig japanische Flugzeuge vollführten eine große Luftdemonstration über Schapei und dem hinteren Landesteil. Das Ergebnis der Kämpfe in Schanghai besteht bisher darin, daß

die Chinesen die nordchinesische Bahnstation und den größten Teil des Stadtteiles Schapei trotz der heftigen und mehrfach wiederholten Angriffe der Japaner gehalten haben. Die Japaner haben sich auf eine geeignete Stellung zurückgezogen, wo sie sich eingegraben haben und auf weitere Verstärkungen warten. Der japanische Kreuzer „Tatsuta“ ist mit 1000 Seesoldaten bereits vor Schanghai eingetroffen. Weitere Verstärkungen an Bord von Flugzeugmuttertschiffen und anderen Kriegsschiffen werden erwartet.

Der japanische Admiral Shiojawa hat geschworen, den Stadtteil Schapei unter allen Umständen von den Chinesen zu säubern. Der weitere Vormarsch wird aber von dem Ausgang der Vermittlungsverhandlungen abhängen, die der englische Generalkonsul eingeleitet hat und die zu einer

Konferenz der chinesischen und japanischen Befehlshaber führen sollen. Auch die Chinesen erhalten laufend neue Verstärkungen. Japanische Seesoldaten und Reservisten haben die Tätigkeit der Polizei in dem Hongkew-Bezirk ausgenommen, wogegen die Stadtbehörden der internationalen Niederlassung bereits Protest erhoben haben. Eine japanische Patrouille hat Stellungen am Bund, etwa 200 Meter vom englischen Konsulat entfernt, an einer Brücke bezogen und bedroht von dort ihnen verdächtig erscheinende Chinesen mit Pistolenkugeln. Bewaffnete Reservisten besetzten einen Platz an der Penang-Robinson-Straße, die eigentlich in den englischen Verteidigungssektor fällt.

Mit großen Schwierigkeiten gelang es englischen Freiwilligen, die Japaner zu entfernen, aber erst nachdem Panzerwagen aufgefahren waren. Amerikanische Seeleute verhafteten drei bewaffnete japanische Zivilisten, weil diese von einem Blase hinter den amerikanischen Verteidigungsstellen auf den Stadtteil Schapei feuerten.

Die chinesischen Kaufmannskreise unterstützen die Haltung der Regierung und sind besonders über das Bombardement eines Entbindungsheims empört, aus dem etwa 250 schwangere Frauen entfernt werden mußten.

Japaner stecken Hotel in Brand

Aktion in der internationalen Niederlassung.

Unter dem Vorwand, daß chinesische Scharfschützen in einem Hotel im nördlichen Teil der Fremdenniederlassung versteckt seien, forderten die Japaner die Hotelgäste zum Verlassen des Gebäudes auf und steckten dieses mit Petroleum in Brand. Das ist der erste Fall einer japanischen Aktion innerhalb der internationalen, nicht japanischen Niederlassung.

In Nanking herrscht fieberhafte Aufregung und große Kriegsbegeisterung. Mehr als 50 000 Menschen umlagern die Eisenbahnstationen, von denen die Truppen nach Schanghai abfahren. Sie rufen in voller Begeisterung den Truppen ein Lebewohl und „haltet Schanghai!“ zu.

Wieder japanische Fliegerangriffe

Die japanische Telegraphenagentur Schimbun Rengo teilt mit, daß nach starker Beschädigung der japanischen Truppen durch die Chinesen japanische Flugzeuggeschwader einen neuen Luftangriff auf Schanghai unternahmen. Es wurden etwa 100 Bomben abgeworfen. Die von chinesischen Truppen besetzten Teile der Stadt Schanghai wurden vollkommen vernichtet.

China will keinen Krieg erklären

Der Meldung einer britischen Nachrichtenagentur aus Schanghai zufolge lassen chinesische, der Nankingregierung nahestehende Kreise erklären, daß China nicht die Absicht habe, den Krieg an Japan zu erklären. Von einer amtlichen Entscheidung der Regierung in dieser Frage sei nichts bekannt. Sie betrachten den Aufruf Tschiangkaijets, die Waffen zu ergreifen, als eine bloße Geste.

Die chinesische Regierung verlegt ihren Sitz

Die chinesischen Regierungsbehörden haben ihren Sitz von Nanking nach Loyang in der Honan-Provinz verlegt. Die Vorbereitungen hierfür waren schon seit einigen Monaten getroffen, und die Staatsarchive waren bereits vor einiger Zeit dorthin übergeführt worden. Ministerpräsident Wangtschingwei und auch Tschiangkaijet haben sich angeblich dorthin begeben.

England bleibt neutral.

Der englische Kreuzer „Suffolk“ ist von Hongkong nach Schanghai in See gegangen. Der Kreuzer „Kent“ mit dem

Admiral Kelly an Bord kann voraussichtlich nicht vor Donnerstag eintrafen. Die englischen Truppen haben Befehl erhalten, strengste Neutralität zu wahren.

Waffenstillstand!

Der japanische Admiral Shiojawa und der chinesische General Taitingtai haben zusammen mit dem englischen und dem japanischen Generalkonsul Verhandlungen über den Abschluß eines Waffenstillstandes geführt.

Bei Beendigung der Verhandlungen wurde bekanntgegeben, daß der Waffenstillstand anhalte, daß aber die Lage weiterhin sehr gespannt wäre.

Drei neue chinesische Noten an den Völkerbund.

Genf. Die chinesische Regierung hat dem Generalsekretär des Völkerbundes am Sonntag drei Noten übermittelt, in denen eine eingehende Darstellung der militärischen Vorgänge in Shanghai gegeben wird und es u. a. heißt:

Der japanische Versuch, Shanghai zu überfallen und zu besetzen, ist wiederum eine Verletzung der Sakung und der Entschliessungen des Völkerbundes, des Kellogg-Pactes und Neunmächtevertrages. China hat langmütig die japanischen Angriffshandlungen, die sich immer weiter ausdehnen, erduldet. Der Angriff auf Shanghai gefährdet die Hauptstadt Nanking. China ersucht hiermit den Völkerbund, rasche und wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um weitere japanische Angriffshandlungen zu vermeiden. China behält sich das Recht vor, angemessenen Ersatz der von Japan angerichteten Schäden zu verlangen.

In der zweiten Note wird erklärt, daß die chinesischen Behörden einen Waffenstillstandsvorschlag des japanischen Flottenkommandanten in Shanghai angenommen hätten, die Japaner jedoch das Abkommen nicht eingehalten hätten. Die Lage in Charbin sei gleichfalls außerordentlich verwickelt.

In der dritten Note wird mitgeteilt, daß die japanischen Truppen eine große Feuersbrunst verursacht hätten, der einige Hundert Gebäude zum Opfer gefallen seien. Die Völkerversuche seien vom japanischen Admiral verhindert worden.

Eine neue Sitzung des Völkerbundes zur Regelung des japanisch-chinesischen Konfliktes wird nicht vor Dienstag erwartet.

Im übrigen wird in Genf chinesischen Kreisen das Gerücht über eine bevorstehende oder auch nur beabsichtigte Kriegserklärung Chinas ganz entschieden in Abrede gestellt. Eine Kriegserklärung wäre, wird weiter betont, ein schwerer politischer Fehler, durch den sich China vor der ganzen Welt ins Unrecht setzen würde. Tschiangkai-schek bereite eine Proklamation an das chinesische Volk vor, in der er zur Besonnenheit auffordert und unter Hinweis auf das vertragsfreie Verhalten Chinas von den Mächten verlangt, daß diese sich ihrerseits an die übernommenen Verpflichtungen halten.

Neue Aktion der Japaner

Paris, 1. Februar.

Wie die Agentur Indopacifique aus Schanghai berichtet, hat Admiral Shiojawa zu verstehen gegeben, daß eine neue Aktion der Luft- und Seestreitkräfte möglich sei. Vier japanische Kreuzer und vier Torpedobootzerstörer sind am Nachmittag vor Schanghai eingetroffen und haben 1000 Soldaten gelandet.

Englands Stellung

London, 1. Februar.

Sonntagvormittag fand eine Sitzung in Downingstreet statt, an der u. a. der Premierminister, der Schatzkanzler, der Staatssekretär des Auswärtigen, der Erste Lord der Admiralgattung und der Chef des Reichsgeneralsstabs teilnahmen. Die Situation in Schanghai und die militärische Lage wurden erörtert. Es wurde beschlossen, außer den bereits in Schanghai befindlichen drei Bataillonen ein Kriegsschiff von Hongkong zu entsenden, das ein Bataillon Infanterie und eine Batterie Artillerie führt.

Auf einer Sitzung, die in Schanghai unter dem Vorsitz des britischen Generalkonsuls stattfand, und auf der der amerikanische Generalkonsul, der japanische und der chinesische Befehlshaber anwesend waren, wurde vorgeschlagen, eine neutrale Zone zwischen den chinesischen und den japanischen Truppen zu schaffen, die von den Truppen der neutralen Mächte besetzt werden soll.

Ergebnislose Friedenskonferenz

Schanghai, 1. Februar.

Die von dem britischen und dem amerikanischen Generalkonsul zwischen dem japanischen Admiral Shiojawa und dem chinesischen Oberbefehlshaber vereinbarte Friedenskonferenz fand Sonntagvormittag und im Laufe des Nachmittags im britischen Konsulat statt. Siebzehn japanische Flugzeuge kreuzten während der Besprechung über der Stadt. Die Konferenz wurde schließlich nach etwa dreistündiger Dauer ergebnislos abgebrochen.

Einige Teilnehmer der Konferenz berichteten, daß die Vormittagsverhandlungen zunächst einen hoffnungsvollen Verlauf nahmen. Während der Nachmittagsitzung seien jedoch alle Vorschläge aus dem einen oder anderen Grunde und wegen verschiedener Einwendungen von der einen oder der anderen Seite wieder verworfen worden. Mit einem Wiederzusammentritt der Konferenz könne man erst wieder rechnen, wenn die japanischen Behörden hier von Tokio neue Weisungen erhalten hätten.

Die Waffenstillstandsverhandlungen ergebnislos.

Tokio. Die Waffenstillstandsverhandlungen, die am Sonntag in Schanghai stattfanden, sind, wie das Kriegsministerium mitteilt, ergebnislos verlaufen. Der Mißerfolg soll darauf zurückzuführen sein, daß die chinesischen Vertreter alle japanischen Vorschläge abgelehnt hätten. Außerdem habe das japanische Marinekommando in Schanghai erklärt, daß es nicht in der Lage sei, ohne Wissen Tokios die chinesischen Vorschläge anzunehmen. Von den japanischen Unterhändlern war unter anderem verlangt worden, daß alle Führer der japanischen Bewegung den japanischen Behörden zur Aburteilung ausgeliefert werden; da die chinesischen Vertreter diese Vorschläge abgelehnt haben, können, wie das Kriegsministerium mitteilt, die Verhandlungen über den Waffenstillstand nicht fortgesetzt werden.

Schwere Kämpfe bei Schanghai und Charbin

Große Verluste der Chinesen

Schanghai, 1. Februar.

Sonabendabend ist in der Nähe des britischen Konsulats in der Umgegend des Hospitals auf der Nordseite der Südschubucht ein Kampf entbrannt.

Tokio, 1. Februar.

Nach einer Meldung der Agentur Rengo griffen etwa 3000 Mann des Generals Tschiangschao Sonntagvormittag eine Station in der Nähe von Charbin an, die von den Japanern in stundenlangem Kampfe verteidigt wurde. Die Chinesen wurden zurückgeschlagen und mußten etwa 400 Tote zurücklassen. Auf japanischer Seite wurden 21 Mann getötet.

China rüstet sich zum Kampf

London, 1. Februar.

Reuter meldet aus Nanking: Ein sieben eingetroffener Flieger erklärt, daß ein endloser Zug chinesischer Soldaten von der Provinz Honan nach Nanking marschiert, um den Kampf gegen die Japaner aufzunehmen. Aus Kanton sind Flugzeuge entsandt worden. Die besten Truppen Tschiangkai-scheks versammeln sich in Nanking, das als Hauptquartier ausgerufen worden ist. Jeder Führer, jeder Soldat erklärt sich bereit, zur Verteidigung des Landes zu kämpfen. Der Geist der Nation scheint von einem Tag zum andern sich gewandelt zu haben.

Japanische Erklärungen

Tokio, 2. Februar.

Der Vorkämpfer des Auswärtigen Amtes erklärte, daß Japan die Ernennung einer Völkerbunds-Kommission zur Untersuchung der Vorgänge in Schanghai begrüßen würde, wenn es sich um einen Wunsch des Völkerbundes handelte, sich über die wahre Lage durch Augenblicke zu überzeugen. Japan sei jedoch nicht imstande, Empfehlungen der Kommission als bindend anzusehen. Wenn China seine Truppenverstärkungen nicht auf eine sichere Entfernung zurückziehe, so bedeute dies nicht nur für die Lage der japanischen Marinekräfte, sondern auch für die internationale Zone selbst die größte Gefahr.



Der chinesische General Tschiangkai-schek.

Millionenschäden in Schapei

Die Brände in Schapei sind erloschen. Der Schaden wird auf eine Million Pfund Sterling geschätzt. Die Japaner haben die völlige Kontrolle über das Hongkong-Viertel der internationalen Niederlassung vom Südschubuch nach Norden. Bewaffnete japanische Reservepolizisten hielten Motorradfahrer und Fußgänger an, töteten einen Chinesen und verwundeten zwei Ausländer. Amerikanische Marinesoldaten nahmen 27 solcher Polizisten fest. Zwölf Personen, unter ihnen ein junger Portugiese, wurden in der internationalen Niederlassung durch Streifschüsse verwundet.

In einer offiziellen Erklärung der chinesischen Behörden wird mitgeteilt, daß im Kampf um den Schapei-Distrikt bis jetzt 600 Chinesen getötet und 400 verwundet wurden. Die meisten von ihnen seien Flugzeugbomben zum Opfer gefallen.

Telegrammzensur.

Das Zentrale Telegraphenamt teilt mit, daß alle Telegramme aus China der dortigen Zensur unterworfen sind.

Die englische Chinaflotte unterwegs

Batavia, 2. Februar.

Der im hiesigen Hafen liegende englische Panzerkreuzer „Kent“, auf dem sich der Oberbefehlshaber der englischen China-Flotte befindet, hat Anweisung erhalten, unverzüglich nach China in See zu gehen.

Portugiesisches Kriegsschiff nach China beordert
Lissabon, 1. Februar. Ein gegenwärtig in Macao liegender portugiesischer Kreuzer hat Befehl erhalten, sich zum Auslaufen nach China bereitzustellen.

Amerikanischer Protest in Tokio

Washington, 1. Februar.

In dem Protest, den die amerikanische Regierung in Tokio wegen Japans Vorgehen in Schanghai erhoben hat, wird darauf hingewiesen, daß die japanischen Behörden sich verpflichtet hätten, die internationale Niederlassung nicht in ihre militärischen Operationen einzubeziehen. Statt dessen seien japanische Truppen doch in die Niederlassung gebracht worden, und Japan benutze die internationale Niederlassung als Operationsbasis gegen China. Ferner patrouillieren japanische Truppen auch den Abschnitt der Niederlassung ab, der vereinbarungsgemäß den Amerikanern vorbehalten sei. Schließlich seien die Japaner, ohne die versprochene angemessene Warnung zu geben, ins Chinesenviertel eingedrungen, haben auf Zivilisten geschossen und Bomben abgeworfen. Dieses Vorgehen widerspreche den bisherigen Zusicherungen und gefährde die Sicherheit des gesamten Hafengebietes von Schanghai einschließlich der internationalen Niederlassung.

Admiral Pratt erklärte, die ganze asiatische Flotte habe Befehl erhalten, bei der Fortschaffung oder zum Schutz amerikanischer Staatsbürger in China mitzuwirken.

Amerikanisch-japanischer Zwischenfall

New York, 1. Februar.

Amerikanische Marinesoldaten haben einen Trupp Japaner in Zivilkleidung festgenommen, die in das amerikanische Gebiet der internationalen Niederlassung in Schanghai eingedrungen waren. Alle waren schwer bewaffnet. Sie erklärten, sie seien zum Schutze einer japanischen Baumwollspinnerei entsandt worden.

Keine deutschen Staatsangehörigen geschädigt

Schanghai, 1. Februar. Bei den Unruhen in Schanghai sind bisher Leben und Eigentum deutscher Staatsangehöriger nicht zu Schaden gekommen.

Rußland bleibt wachsam

Moskau, 1. Februar.

In seiner Eröffnungsrede der siebzehnten kommunistischen Parteikonferenz sprach der Vorsitzende des Volkskommissariats, Molotoff, über die Außenpolitik Russlands u. a.: Die Ereignisse im Fernen Osten fordern von uns die ernsteste Wachsamkeit und Bereitschaft bei Ueberrassungen kriegerischer Kreise der ausländischen Bourgeoisie. Russische Weißgardisten in der Mandchurei und in Paris schmieden offen Pläne zur Loslösung des Fernen Ostens von der Sowjetunion und zur Schaffung eines „Pufferstaates“ mit ausländischer Unterstützung unter Beteiligung der aus der Intervention in den Jahren 1918 und 1919 bekannten internationalen Abenteurer von der Art des Generals Gaido und seiner Anhänger. An solchen Gefahren für die Sowjetunion können wir nicht vorübergehen und passive Zuschauer bleiben.

„Militärbündnis gegen Rußland“.

Die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet, ihr werde aus gut unterrichteter Quelle mitgeteilt, daß zwischen der Tschechoslowakei und Japan ein Militärabkommen abgeschlossen worden sei, das gegen die Sowjetunion gerichtet sei.

Bekanntlich ist auch schon behauptet worden, daß ein Abkommen zwischen Japan und Frankreich bestehe. Sollte das zutreffen, dann wäre es auch nicht verwunderlich, wenn der tschechische Trabant Frankreichs in das Bündnis mit einbezogen wäre. Im übrigen wird aus Moskau zu oft über sowjetgenerische Bündnisse und Verschwörungen berichtet, als daß man jeder dieser Meldungen ohne weiteres Glauben schenken könnte.

Wichtige Beratungen in London.

London, 1. Februar. Die chinesisch-japanische Spannung führte zu wichtigen Besprechungen der Regierung. „Daily Express“ zufolge drehten sich die Besprechungen in der Hauptsache um die Sicherheit der englischen Staatsangehörigen in Schanghai und darum, ob der militärische Schutz in der internationalen Niederlassung genügend sei. Der König wird dauernd telephonisch von den letzten Entwicklungen unterrichtet.

Erbitterte Gejächte in der internationalen Niederlassung in Schanghai.

Schanghai. Am Sonntagvormittag und in den frühen Nachmittagsstunden entspannen sich an mehreren Stellen der internationalen Niederlassung verschiedene erbitterte Gejächte zwischen Japanern und chinesischen Scharfschützen, die sich zum Teil in nächster Nähe des von den englischen Truppen scharf bewachten englischen Konsulats abspielten, in dem die Waffenstillstandsbesprechungen stattfanden. Durch abirrende Schüsse wurden mehrere Zivilpersonen verwundet. Die Japaner umzingelten das in der internationalen Niederlassung gelegene städtische Krankenhaus, da sie behaupteten, daß sich in den umliegenden Gebäuden chinesische Scharfschützen versteckt hätten. Mit Maschinengewehrfeuer vertrieben sie die Chinesen aus ihren Häusern.

Auch im nördlichen Teil der internationalen Niederlassung entwickelten sich schwere Schießereien gegen chinesische Scharfschützen, die sich in die Dachkammern der Häuser geflüchtet hatten. Die Japaner veranfaßten hierauf Untersuchungen von Haus zu Haus und vertrieben auch hier die Chinesen, von denen etwa 10 getötet wurden.

Um 3 Uhr nachmittags begann eine heftige Beschießung der japanischen Brückenwache im Geschäftsviertel der internationalen Niederlassung durch chinesische Scharfschützen. 17 Lastwagen wurden mit japanischen Toten und Verwundeten beladen und jähren nach dem Hafen.

Um die Mittagszeit wurde erneut Artilleriefeuer aufgenommen. Acht Granaten fielen in die internationale Niederlassung, wobei ein Chinese getötet wurde.

Will Amerika mit Waffengewalt eingreifen?

Erhöhte Bereitschaft für die amerikanische Flotte und die Marinereservisten.

Washington. Das amerikanische Marineamt hat für die gesamte Flotte und für die Marinereservisten erhöhte Bereitschaft angeordnet.

Kein Putz im Memelgebiet.

Eine Erklärung der litauischen Regierung.

Berlin, 1. Februar.

Nach einer amtlichen Mitteilung suchte der litauische Gesandte in Berlin, Saulys, den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes auf und lenkte unter Ueberreichung einer Note die Aufmerksamkeit der Reichsregierung auf die in der deutschen Presse verbreiteten Nachrichten, die litauische Regierung bzw. der Gouverneur in Memel bereiteten einen Putz im Memelgebiet vor, um die international garantierte Autonomie dieses Landes abzuschaffen.

Der Gesandte erklärte im Auftrage seiner Regierung, daß diese Behauptung jeglicher Begründung entbehre, und versicherte mit allem Nachdruck, daß die litauische Regierung stets ihre internationalen Verpflichtungen in bezug auf das Memelgebiet halten und achten werde.

Unruhen in Kaschmir

London, 1. Februar.

Aus Bombay wird gemeldet: Berichte aus Kaschmir deuten darauf hin, daß dort ein erneiter Aufstand ausgebrochen ist. Britische Truppen sind wieder in Kaschmir eingedrungen, um wichtige Kanalwerke im Mirpur-Bezirk von Jammu zu schützen, wo Unruhen herrschen. Mehrere Tausende mit Geschützen und Gewehren bewaffnete Aufständische scheinen die Stadt Kolli belagert zu haben. Ein Hindutempel und eine Kooperativbank sind geplündert und eingestürzt worden. Auch die Stadt Mirpur ist eine Nacht lang belagert worden. Drei Postämter wurden geplündert und in Asche gelegt.

Aus Stadt und Land.

2. Februar.

Sonnenaufgang 7.39 Sonnenuntergang 16.50
Mondaufgang 5.09 Monduntergang 11.45

1962: Otto I. wird zum Kaiser gekrönt (Beginn des „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation“). — 1819: Der Dichter Wilhelm Jordan in Insterburg geb. (gest. 1904). — 1827: Der Maler Oswald Achenbach in Düsseldorf geb. (gest. 1905). — Der Naturforscher Alfred Brehm in Mauthendorf geb. (gest. 1884).

Die Jagd im Februar.

Wie der vorjährige, so war auch der jetzige Winter bisher ausnehmend mild, und unser Wild hat wohl noch nirgends unter strenger Kälte und hohem Schneefall gelitten. Nur einige Reviere, in denen nach allzu plötzlich eingetretenem Tauwetter Ueberflutungen wüsten, sind sehr gefährdet gewesen, und das Wild hat in der Tat starke, unvorhergesehene Verluste erleiden müssen. Wir wollen hoffen, daß wir von weiteren, ähnlichen Ueberflutungen verschont bleiben. Noch sind wir nicht „über den Berg“, — gerade der Februar kann noch viel Unannehmlichkeiten in Gestalt starker Schneefälle und aneinander stöße bringen, ehe die Frühlingssonne siegreich wird.

Darum ist der weidgerechte Jäger jetzt erst recht auf der Hut und sorgt vorbeugend nach Kräften für sein Wild. Gerade auch bei gelindem Wetter sind, wie die illustrierte Jagdzeitung „Wild und Hund“ Berlin S. 11, schreibt, die Fütterungen zu beschneiden, damit das Wild in plötzlich eintretenden Notfällen weiß, wo es das Nötigste an Nahrung stets finden kann. Bei den Darreichungen ist in erster Linie auf Abwechslung und Gesundes, gutes, nicht etwa muffiges oder verfaultes Futter Wert zu legen. Wir empfehlen für Schalenwild Eicheln, Kastanien, Kartoffeln, Mais, Rüben aller Art (Rübenschnitzel), Hafer und Hafergarben, bestes trockenes Heu, für Fasanen und Rebhühner guten Weizen, gemengt mit Kaffee u. a. Nie versäume man es, in der Nähe der Fütterungen Salzflecken anzubringen, denn mineralische Stoffe sind für den Aufbau des tierischen Organismus, zumal in der Uebergangszeit zum Frühjahr, wichtiger, als man gewöhnlich denkt.

Nach der neuesten Tier- und Pflanzenordnung vom 8. Dezember 1931 ist Rot- und Damwild ab Februar in Preußen vollständig geschützt. Auch in Ländern, in denen es noch geschossen werden darf, wird der Weidmann im allgemeinen „Hahn in Ruh“ halten, oder allenfalls nur wirklich krankes und stark kimmerndes Wild, das für eine Nachzucht nicht geeignet erscheint, abschießen. Die Fische werden jetzt ihr Geweih ab und brauchen jetzt, ebenso wie das Mutterwild, neben genügender Nahrung Ruhe und Pflege. Der Rehböck schiebt sein Gehörn; Fütterung und Salzlecke kommen ihm dabei jetzt besonders zu nützen. Wir sehen also, daß der Februar, der „Spernung“, in erster Linie die fürsorgliche Hand des Jägers verlangt.

Nicht ganz jedoch ruht die Jagd. Unserem ritterlichen Schwarzwild verfaßt der Gesehender ja jegliche Schonzeit. Nun, im Februar darf selbst der weidgerechte Jäger noch die Zauen besagen, nur nimmt er dabei Rücksicht auf Wachen, die die Jagdzeit hinter sich haben und in Frühjahr für Nachwuchs sorgen sollen, und schon sie. Zauen sind im Waldrevier am besten bei Reuschnee zu jagen. Es gibt so leicht nichts Schöneres, als mit wenigen Treibern, aber guten, scharfen Hunden die in der Dichtung festgefärbten Zauen rege zu machen und sie vor die Schützen zu bringen. In Feldrevieren wird man im allgemeinen nur Erfolge beim Aufspüren erwarten können, wenn es um Vollmond und klaren Wetter ist. In solchen Nächten mag man auch vielleicht mit Fasanaute und Mauspießchen auf den ranzenden Fuchs sein Weidmannsheil versuchen. Kleine, stille Dücklagen auf den roten Freibeuter bringen oft schöne Abwechslung in die „rote“ Jahreszeit, ebenso wie dessen Sprengen aus dem Bau mit Hilfe „Waldmanns“, des Teufels, oder beim Passen am Ueberflaß.

Die große Notiz in den deutschen Vaterlande bringt es mit sich, daß der Weidmann in noch höherem Maß als gewöhnlich jetzt mit „stillen Teilhabern“ zu rechnen hat. Also Achtung auf Wilderer und Schlingensteller! Gegenstände zu verschiedenen Tageszeiten, eine systematische Kontrolle der Wildwechsel und Dichtungsränder auf Setzlingen sind nötiger als je! Nebenher achte man auf streunende Hunde und Katzen im Revier und vertilge sie, wo immer man sie auf irischer Tat fassen kann. Das Wild wird es dem Jäger danken. A.

10-jähriges Amtsjubiläum. Stadtdirektor Bruno Voos begeht heute sein 10-jähriges Amtsjubiläum in Bad Schandau. Am 1. Februar 1892 kam er als 18-jähriger aus Wolfenstein i. Erzgeb. nach Bad Schandau, um hier zunächst als Kassenbedienter angestellt zu werden. Schon am 30. Oktober 1893 wurde er sodann als Kassenregistrator und stellv. Stabsbeamter gewählt und verpflichtet. Seit 1. Juli 1912 führte er die Dienstbezeichnung Kassenregistrator, und am 1. April 1925 ist er zum Stadtdirektor befördert worden. Während der vier Jahrzehnte seines Wirkens bei der Stadtverwaltung Bad Schandau in hervorragender Stellung hat er es jederzeit verstanden, sich Wertschätzung und Anhänglichkeit nicht nur in seinem Kollegenkreise, sondern auch innerhalb aller Schichten der Bevölkerung und weit über unsere Stadt hinaus zu erwerben und zu erhalten. Darüber hinaus hat er sich auch sonst noch im öffentlichen Leben betätigt; z. B. war er über 13 Jahre lang Schriftwart der hiesigen Turngemeinde und nach dem Kriege auch einige Jahre Stadtverordneter. Zu seinem heutigen Ehrentage ist ihm seitens des Rates ein Glückwunschschreiben mit einem städtischen Ehrengeheim in der Hauptsache als dankbare Anerkennung für seine treuen Dienste überreicht worden. Dem allseitig beliebten städtischen Beamten aus unserer Zeit ein herzliches Glückwunsch mit den besten Wünschen für seine fernere Zukunft!

Todesfall. Am Sonntag verschied nach längerem schweren Leiden Frau Ida Hummel geb. Tenischer, Ehefrau des Geschäftsinhabers August Hummel, Poststraße 146. Die Verstorbene, die ein Alter von fast 70 Jahren erreicht hat, war seit 1890 in Schandau anständig, heiratete im Jahre 1892 und stand in dem seit 1896 betriebenen Spezialgeschäft für Nischen- und Hausgeräte ihrem Gatten mit Fachkenntnis zur Seite. Sie genoss in allen Kreisen großes Ansehen.

Lichtenhain. Mit dem Motorrad verunglückt. Der landwirtschaftliche Arbeiter P. aus Lichtenhain borgte sich, da er die Absicht hat, sich ein Motorrad zu kaufen, am Freitag eine Maschine, um das Fahren zu erlernen. Mit einem Tempo von etwa 40 bis 50 Kilometer (!) kam P. von Mittenberg her gefahren und wollte, ohne zu bremsen, im Bogen über den Anger in die Gutswirtschaft fahren. Er fuhr jedoch auf das auf dem Anger stehende Leiterhaus, aus dem er erst von seinem Arbeitgeber und einem Gefährten befreit werden mußte. Der große Leichtsinns des jungen Fahrers brachte ihm allerdings Kopfverletzungen ein, die die Einlieferung ins Sebnitzer Krankenhaus notwendig machten.

Hohnstein. 1. öffentliche Stadtverordnetenversammlung. Bürgermeister Haubmann eröffnete die erste Sitzung im neuen Jahre mit den besten Wünschen. Aus seinem Jahresbericht ist folgendes hervorzuheben: Die Steuererhebungen sind seit 1925 fast um 50 Prozent zurückgegangen; hingegen sind die sozialen Lasten von Jahr zu Jahr gestiegen; 27 Prozent der Einwohnerchaft leben von öffentlicher Unterstützung; auf 1000 Einwohner entfallen 50 Wohlfahrtsverbandslose. Den Haushaltsplan anzuschließen ist deshalb seit Jahren unmöglich. Es wird gehofft, im Laufe des Jahres wenigstens einen Teil der hiesigen Arbeiter durch Erweiterung der Wasserwerkungsanlage Verdienst zu schaffen. Die Spar- und Girokasse hat sich, an der schlechten Wirtschaftslage gemessen,

im vergangenen Jahre gut weiter entwickelt. Das Einlageguthaben beträgt rund 340 000 Mark. Das Aufwertungsgut haben beziffert sich auf rund 155 000 Goldmark. Bei der Girokasse wurden 4 500 000 Mark umgelegt. Die Stadtverordnetenhielten 10 öffentliche Sitzungen mit 90 Beratungsgegenständen ab. Zum Stadtverordnetenvorsitzer wurde wieder einstimmig Bürgermeister Haubmann gewählt; als erster Stellvertreter mit 6 gegen 4 Stimmen Fabrikant Paul Mai und als zweiter Stellvertreter mit gleichem Stimmenverhältnis Fabrikant Dietrich. Zum Schriftführer wurde wieder ein städtischer Beamter gewählt. In den Verwaltungsrat der Girokasse wählte man die Stadtverordneten Mai, Dietrich, Gerschel, Säubertich, Becker und Privatins Liebsch. Die Girokassenrechnung 1930, die Sparkassenrechnung 1930 und die Abrechnung über den Ausbau der Oberen Straße werden zur Prüfung abgegeben. Die Wiese am Schützenhaus wird unter den üblichen Bedingungen bis 1. Oktober 1938 anderweit verpachtet. Schließlich nahm das Kollegium noch Kenntnis, daß für Wohnungen über 300 Mark Friedensmiete die Bestimmungen des Wohnungsmangelgesetzes erledigt sind, die erstere Einteilung Hohnsteins in die Stufe I für Wohlfahrtsunterstützungen abgelehnt worden ist, das Wohlfahrtsamt des Bezirksverbandes darauf besteht, daß die Wohlfahrtsverbandslose sich jeden Monat einmal in Arbeitsamt Königsfeld zur Kontrolle melden, bei einer unvermerten Prüfung die städtischen Klassen in besserer Ordnung waren, für ein Austauschbarleben die Tilgung auf 2 Jahre ausgesetzt werden kann und die Sparkasse die Sparanlagen mit 2,6 Proz. aufwertet. — Abschließend wurde in nichtöffentlicher Sitzung beraten.

Heidenau. Schwere Unfall. Bei einem Fischermeister auf der Dresdner Straße wurde am Freitag Eis abgefahren. In der 11. Stunde vormittags wurde ein voller Wagen rückwärts in den Hof gefahren. Die Pferde zogen am Hinterteil des Wagens; an der Deichsel befand sich ein auf der Dresdner Straße wohnhafter Arbeiter. An der Torfahrt stieß die Bremse des Wagens an eine Steinmauer, wodurch die Deichsel zur Seite gerissen wurde und den Arbeiter in den Leib traf. Durch die Wucht des Schlags wurde der Mann in die Höhe geschleudert und fiel dann auf die Straße. Er wurde bewußtlos ins Johanniterkrankenhaus gebracht, wo eine schwere Gehirnerschütterung festgestellt wurde.

Madebent. Im Steinbruch verunglückt. Nach einer ohne Zwischenfall verlaufenen Sprengung in einem Steinbruch im Niebschlaggrund löste sich plötzlich eine umfangreiche Steinmasse der Bruchwand los und stürzte zu Boden. Dabei wurde der Arbeiter Max Reck verschüttet. Er erlitt einen Bruch beider Unterschenkel und eines Armes, sowie Kopfverletzungen und mußte im Unfallhaus ins Meißner Landkrankenhaus eingeliefert werden. Der Bruchmeister Reck wurde nur leicht verletzt. Das Unglück soll auf Witterungsbedingungen zurückzuführen sein, da das Eis in Gestein eingedrungen Wasser durch nachlässiges Frieren bereits eine Lockerung der Gesteinsmasse herbeigeführt hatte.

Madenstein. Ein Kind tödlich verunglückt. Im sogenannten Vadeleich spielten hier am Donnerstagnachmittag mehrere Kinder. Dabei rutschte der 4½ Jahre alte Junge des Färbereiarbeiters Uhlig von einer Planke ab und fiel durch das Eis in das Wasser. Erst nach einiger Zeit gelang es, das Kind zu bergen und dem Bezirkskrankenhaus zuzuführen. Hier ist es den erlittenen Verletzungen erlegen.

Niederwürschitz. Aufsehererregender Selbstmord. Am Sonntagabend gegen 1 Uhr hat sich der sozialdemokratische Geschäftsführer der Ortskrankenkasse von Ober- und Niederwürschitz, Hans Weidlich, aus bisher unbekanntem Grund ein Leben genommen.

Chemnitz. Raubüberfall im Pfarramtsgelände. Am Sonntag nachmittag ist einem Beamten des Pfarramtes St. Jacobi in der Hausflur des Pfarramtes am Jacobiplatz 5 eine Porttasche, in der sich ca. 700 Mark Bargeld, bestehend aus Scheinen und Metallgeld, sowie einige Notizen befanden, geraubt worden. Der Ueberfallene war gerade im Begriff, das Pfarramtsgelände zu verlassen, als ein gutgekleideter Mann in die Hausflur trat und nach einem bestimmten Beamten des Pfarramtes fragte. Während der Ueberfallene die Auskunft erteilte, erhielt er von dem Unbekannten plötzlich einen so heftigen Schlag in die Magengegend, daß er hinstürzte. Gleichzeitig hat ihn der Täter Pfeffer in die Augen geworfen, so daß der Ueberfallene nichts mehr sehen konnte. Der Täter ist unter Mitnahme der Porttasche geflohen und entkommen. Er ist etwa 33—35 Jahre alt, 1,70 m groß und macht den Eindruck eines gut situierten Mannes.

Hohenmölsen. Auf der Probefahrt tödlich verunglückt. Der Sohn des Gemeindevorstehers Neupert in Wälsitz, der Schiffer ist, wollte ein von ihm repariertes Motorrad ausprobieren und machte eine Versuchsfahrt. Er kam jedoch in voller Fahrt zum Stürzen und starb auf der Stelle.

Zwönitz. Von einem Schafbock getötet. Der unglücklich amtierende Fall, daß ein Mensch von einem Schafbock getötet werden kann, hat sich jetzt hier ereignet. Der 79-jährige noch überaus rüstige Gutsauszügler Cornelius Hennig in Kühnhaide wurde von einem wütenden Schafbock angefallen und derartig zugerichtet, daß der Greis den erlittenen schweren inneren Verletzungen erlag.

Penitz. Schändung eines Gefallenenehrengemals. In den letzten Tagen ist der Münzschlichter im hiesigen Gefallenenehrenmal erbrochen worden. Die Täter wucherten mit roher Gewalt den Bewälder auf und entwanden das darin befindliche Geld. Sie konnten unerkannt entkommen.

Aus der Tschechoslowakei.

Ungetreuer Postmeister.

Karlsbad. Veruntreuung eines tschechischen Postmeisters kam man in Lauterbach-Stadt auf die Spur. Bei einer Revision der Kasse wurde ein Fehlbetrag von über 5000 Kr. festgestellt. Auch sonst herrschte im Postamt eine himmelstreichende Mißwirtschaft. Postmeister Vaclav Kůsýl, der Schuldige, ist jetzt seines Amtes entbunden worden. Er gehört zu der Gattung jener tschechischen Beamten, die als nationale Stützen ins deutsche Gebiet geschickt wurden, obwohl sie zur Führung ihres Amtes vollständig unfähig sind.

Verhafteter Schmuggler.

Reichenberg (Böhmen). Der Salzschmuggler hat jetzt in der Jungbunzlauer Gegend zu einer Verhaftung geführt, der wahrscheinlich noch andere folgen dürften. Zwei Agenten, die sich als Vertreter einer Reichenberger Firma ausgaben, boten Jungbunzlauer Großkaufleuten billiges Salz an. Diese ließen sich aber auf den verdächtigen Handel nicht ein; daraufhin erzielten dieselben Agenten mit einem mit Salz beladenen Lastauto in der Jungbunzlauer Umgebung und festten das Salz bei kleineren Landkaufleuten ab. Nun hat die Finanzbehörde, die von der Sache Wind bekam, eine strenge Untersuchung eingeleitet und zunächst den Kaufmann Jaroslav Hajicek aus der Umgebung von Jungbunzlauer verhaftet. Im Schuppen seines Hauses sind einige Säcke gepackten Salzes gefunden worden. Es dürfte sich wahrscheinlich um eine ganze Schmugglerbande handeln, die ihre Geschäfte im Großen betreibt und auch in Deutschland Verbündete besitzt.

Wettervorhersage der Sächsischen Landeswetterwarte für den 2. Februar.

Weist lebhafteste Winde aus West bis Norden. Hauptfächlich trüb. Temperaturverhältnisse nicht wesentlich geändert. Zeitweilig Niederschläge, vorwiegend als Schnee.

Letzte Drahtmeldungen.

Der Reichspräsident besucht die „Grüne Woche“. Berlin. Reichspräsident von Hindenburg stattete heute vormittag der „Grünen Woche“ einen längeren Besuch ab.

Fernöstliche Waffenstillstandstheorie!

Tokio. Die japanischen Marinebehörden in Schanghai melden, daß ihre Bemühungen, mit den Behörden und den ausländischen Militärbehörden eine Vereinbarung über die Errichtung einer neutralen Zone herbeizuführen, fehlgeschlagen seien, da die Chinesen den Waffenstillstand „erneut“ gebrochen hätten. In der vergangenen Nacht seien die japanischen Seefoldaten von den Chinesen mit Geschütz- und Gewehrfeuer angegriffen worden, so daß es wieder zu schweren Kämpfen gekommen sei.

Dieser japanischen Meldung muß im Interesse einer objektiven Berichterstattung entgegengehalten werden, daß der erwähnte Waffenstillstand bislang nur in der Theorie bestanden hat, da nach einer englischen Meldung die Vereinbarung noch vor ihrem Inkrafttreten erstmalig durch mehrfache japanische Bombenabwürfe gebrochen wurde. Uebrigens soll der englische General Fleming in Schanghai aus militärischen Gründen ernste Einwände gegen die Errichtung einer neutralen Zone erhoben haben.

Neue Verstärkungen für die japanischen Landungstruppen.

Nach einer sowjetantischen Meldung aus Schanghai sind dort neue japanische Transportschiffe mit insgesamt 5000 Marineinfanteristen eingetroffen. Außerdem wird die Ankunft neuer Flugzeugmutterchiffe mit 75 Bombenflugzeugen gemeldet. Das amerikanische Konsulat hat den amerikanischen Staatsangehörigen in China mitgeteilt, daß sie sich zur Abreise bereit halten sollen.

Tokio. Zwei Schlachtschiffe, acht Zerstörer und vier Torpedoboote im Hafen von Kume-Zuwa haben Befehl erhalten, sich zum Auslaufen nach Schanghai bereitzuhalten.

Verlustreicher Kampf zwischen Japanern und Kirin- Truppen.

Japanische Truppentransportzüge wurden auf der Fahrt nach Charbin von Kirin-Truppen angegriffen. Es entwickelte sich ein vierstündiger erbitterter Kampf. Auf chinesischer Seite wurden 500 Mann getötet, während die Japaner 21 Tote und 40 Verwundete verloren. Japanische Bombenflugzeuge verfolgten die fliehenden Chinesen. Weitere Verstärkungen sind aus Tschangtschu nach dem Kampfplatz in Marsch gesetzt worden.

Standrecht auch über Nanjing.

Nanjing. In Nanjing ist das Standrecht erklärt worden. Am Sonntag trafen fünf japanische Zerstörer ein und richteten ihre Geschütze auf das besetzte Gebiet Nanjings. Die Ankunft der neuen japanischen Kriegsschiffe rief unter den Einwohnern Nanjings eine Panik hervor, da man befürchtete, daß die Japaner die Stadt beschießen wollten. Tausende von Einwohnern verließen die Stadt fluchtartig. Der amerikanische Konsul verordnete jedoch, daß die japanischen Kriegsschiffe das Feuer nicht eröffnen würden, falls sie nicht von chinesischer Seite angegriffen würden. Die Chinesen arbeiten fleißig an der Befestigung ihrer Verteidigungsstellungen. Sie vergraben Schützengraben aus und fahren schwere Artillerie sowie Luftabwehrgeschütze in Stellung.

Die englische Presse zu den Vorgängen in Schanghai.

London. Die „Times“ kritisiert in einem Leitartikel das Verhalten des japanischen Admirals Schiofawa sehr scharf. Es steht fest, daß der Admiral ein sehr schwieriges Gelände mit ungenügenden Kräften besetzen wollte, daß der Vornachschiffen aufgestellt würde und daß die Luftangriffe vom militärischen Standpunkt aus nicht den geringsten Erfolg zeigten. Von der politischen Seite aus müsse man feststellen, daß die Maßnahmen des japanischen Generals die Sympathien der Neutralen für die Opfer erweckt und den Chinesen eine Entschuldigungsverpflichtung für ihre Angriffe auf die internationale Neutralität gegeben hätten. Die japanischen Staatsmänner blieben vor der öffentlichen Meinung der Welt verantwortlich, wenn sie den Eifer ihrer Militärs nicht zügeln könnten. Die Ereignisse der letzten Tage hätten die zwingende Notwendigkeit eines internationalen Vorgehens gezeigt.

Der „Daily Telegraph“ bezeichnet das Vorgehen Japans als sehr gefährlich. Die japanische Antwort auf die englischen und amerikanischen Proteste zeige deutlich, daß sich die Regierung in Tokio bewußt sei, daß ihre Agenten zu weit gegangen seien.

Bemerkenswerte französische Auslassungen zu den Vorgängen im Fernen Osten.

Paris. Die Pariser Presse stellt sich immer deutlicher zugunsten Japans ein. Besonders die Rechtsblätter lassen es an höflichen Bemerkungen an die Adresse des Völkerverbundes nicht fehlen und stellen fest, daß die Anwendung der Artikel 15 und 16 des Völkerverbundes den Untergang der Genfer Institution bedeuten würde. Die Hauptargumente, denen man in der Pariser Öffentlichkeit begegnet, lassen sich in drei Punkten zusammenfassen:

1. China ist kein souveräner Staat, sondern nur ein geographischer Begriff (!);
2. China hat die Verträge verletzt und damit gerechtfertigte Sanktionen von Seiten Japans herausgefordert;
3. China ist ein Unruheherd, der die Zivilisation bedroht.

Aus dieser klaren Haltung scheint deutlich hervorzugehen, daß sich Paris die Lage im Fernen Osten auf zwei Wegen zunutze machen will, indem es Japan durch Anerkennung seines „Rechts auf Sanktionen“ zum Bundesgenossen auf der Genfer Abrüstungskonferenz gewinnt und indem es die Unfähigkeit des Völkerverbundes sowie die Notwendigkeit internationaler Sicherheitsgarantien aus den Vorgängen abzuleiten sucht.

Neuport. Kirchensoldaten täuten die Abrüstungskonferenz ein. Neuport. Auf Veranlassung der Gesellschaft für internationale Gerechtigkeit und guten Willen werden die Kirchensoldaten in Neuport den Beginn der Abrüstungskonferenz einläuten.

Die amerikanische Schlachtflotte begibt sich nach Hawaii.

Die amerikanische Schlachtflotte, bestehend aus 65 Fahrzeugen, verläßt heute nacht San Francisco bzw. San Pedro (Kalifornien) in Richtung Hawaii, wo die planmäßigen Manöver stattfinden.

Wasserstand für Januar/Februar

Datum	Elbe									
	Moldau	Iser	Eger	Nimburg	Mel-nik	Leit-meritz	Auf-fig			
30.	+28	+140	+8	-11	+14	-7	-19	+12	-138	-111
1.	+16	+80	+6	-2	+10	+2	-18	+20	-136	-110

Anmerkung: +, bedeutet über 0, — bedeutet unter 0.

Tages-Chronik.

Pockenkrankungen in Malmö.

Kopenhagen, 1. Februar. Wie aus Malmö gemeldet wird, sind dort fünf neue Pockenkrankungen festgestellt worden. Nach Mitteilungen von behördlicher Seite nehmen die Erkrankungen einen gutartigen Verlauf. Es konnte noch nicht festgestellt werden ob es sich um eine gefährliche Art von Pockenkrankungen handelt. Ein allgemeiner Impfwang ist eingeführt worden. Täglich lassen sich etwa 3000 Personen in Malmö und Umgebung impfen. Deffentliche Vergnügungen sind unterlagt.

Schwerer Schiffszusammenstoß in New York

New York, 31. Januar. Der aus Hamburg hier eingetroffene Dampfer „President Roosevelt“ wurde infolge des dichten Nebels von dem ausfahrenden italienischen Passagierdampfer „Roma“ gerammt und über der Wasserlinie schwer beschädigt. Die „Roma“ erlitt nur leichten Schaden. Verletzt wurde niemand.

Schwerer Fahrstuhl-Unfall. In der Brockenstrasse in der Ackerstrasse in Berlin ereignete sich beim Auswechsellernen eines Fahrstuhl-Haltefeils ein schwerer Unfall, bei dem drei in der Brockenstrasse wohnende Arbeiter schwer und zwei leicht verletzt wurden. Die drei Schwerverletzten mußten mit lebensgefährlichen inneren Quetschungen und Knochenbrüchen in das Krankenhaus gebracht werden. Der Fahrstuhl befand sich im Erdgeschoß, das Gegengewicht im obersten Stockwerk. Vier Arbeiter montierten nun, auf dem Fahrstuhl stehend, das Haltefeil ab und wollten es, bis das Erfahrteil angebracht wurde, festhalten, wurden aber durch das bedeutend schwerere Gegengewicht mit plötzlichem Ruck hochgerissen und bis etwa in die Höhe der 3. Etage gezogen; von dort stürzten sie dann in den Schacht ab. Ein fünfter Arbeiter wurde von dem herabfallenden Gegengewicht getroffen.

Der Leopard wird erschossen. Auf Anordnung des Berliner Polizeipräsidenten wird der Leopard, der am Freitag in der Wohnung eines Kunstmalers ein zweijähriges Kind tötete und der in der Nacht unter Beihilfe der Polizei zu einem Tierbändiger in der Belle-Alliance-Strasse gebracht wurde, dort erschossen.

Del- und Gasausbruch im Celler Delgebiet. Auf der Bohrung E. 40 bei Cella kam es zu einem gewaltigen Del- und Gasausbruch, der den ganzen Tag mit unverminderter Stärke anhielt. Fast die gesamte Belegschaft mußte zum Aufwerfen von Dämmen herangezogen werden, um den zu erwartenden Delregen zu bergen. Der Ausbruch trat ein, als man mit dem Schlemmen beginnen wollte. Durch den starken Gasdruck werden Sandteilchen hochgeschleudert, die die Absperrfaser in kurzer Zeit wieder durchschleifen, so daß Gas- und Del widerstandslos entweichen können. Die Bohrung, die auf der Gewerkschaft Elwerath niedergebracht wurde, liegt auf Riebhöher Gebiet.

Großfeuer im Hofelort Enkirch. In dem Hofelort Enkirch brach in der Nacht ein Großfeuer aus, das einen ganzen Häuserblock erfaßte und dem vier Häuser und mehrere Stallgebäude zum Opfer fielen. Das Vieh konnte zum größten Teil gerettet werden, während das Mobiliar in den

Wohnhäusern ein Raub der Flammen wurde. Die Entstehungsurache des Brandes ist noch nicht bekannt.

Polizeibeamter von einem Einbrecher erschossen. Zwischen einer Polizeiradfahrerpatriolle und einem Einbrecher, der sich auf einem Hofe verfangen hatte, kam es in Duisburg zu einem Feuergefecht, in dessen Verlauf der Polizeihauptwachmeister Floering durch einen Kopfschuß sofort getötet wurde. Der Einbrecher wurde schwerverletzt dem Krankenhaus zugeführt.

Bremer Defraudant von USA. ausgeliefert. Der frühere Leiter der Filiale Ulbremen der Beamtenbank Bremen, Heinrich Battenhausen jun., ist auf Ersuchen des Bremer Untersuchungsrichters wegen der im Jahre 1928 bei der Beamtenbank verübten Unterschlagung von insgesamt 168 000 RM sowie wegen Meineidsverdachts in Amerika festgenommen und nunmehr ausgeliefert worden. Battenhausen jun. ist in Bremerhaven eingetroffen und sofort in das Untersuchungsgefängnis übergeführt worden. Er ist zum größten Teil geständig, so daß mit seiner demnächstigen Aburteilung zu rechnen ist.

Postagentin unterschlägt 200 000 RM. Die 40jährige Postagentin Steubl in München-Wasserburg ist nach Unterschlagung von 200 000 RM amtlicher Gelder entflohen. Sie fuhr mit dem Auto nach Plattling, wo sie einen Postbeamten traf, der vorher telegraphisch verständigt worden war. Die Steubl und der Postbeamte fuhren dann nach Eisenstein weiter. Es ist noch nicht bekannt, ob sie die tschechoslowakische Grenze überschritten haben.

Millionenschaden durch Hochwasser. Der durch das Hochwasser der Troendelag-Flüsse in Norwegen angerichtete Schaden wird auf mindestens eine Million Kronen geschätzt.

Flugzeug im Gebirge abgestürzt. Im Gebirge bei Taragona stürzte ein privates Kleinflugzeug ab. Der Führer und Besizer, ein in Sevilla ansässiger Schweizer namens Klug, wurde mit seiner Begleiterin tot unter den Trümmern der Maschine aufgefunden.

Elli Beinhorn in Singapur. Die Fliegerin Elli Beinhorn ist mit ihrem Klemm-Argus-Flugzeug von Bangkok kommend in Singapur gelandet. Damit hat die Fliegerin die südlichste Spitze Indiens erreicht, und nur noch 150 Kilometer trennen sie vom Äquator. In Singapur wurde ihr wiederum ein herzlicher Empfang zuteil. Die hier besonders stark vertretene deutsche Kolonie hatte sich auf dem Flugplatz versammelt und geleitete die Fliegerin zum deutschen Konsulat, wo sie während ihres Aufenthalts in Singapur wohnt. Am Abend gab ihr der deutsche Konsul einen großen Empfang, an dem viele Ausländer teilnahmen.

Aus dem Gerichtssaal.

Das Urteil gegen den kommunistischen Oberlehrer Schrapel aufgehoben.

Dresden. Vor kurzen verurteilte das Amtsgericht den Führer der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion Oberlehrer Schrapel wegen Gotteslästerung zu 300 Mark Geldstrafe. Schrapel hatte am 18. Juni in einer öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten im Anschluß an die Ausführungen des Stadtverordneten Müller (Zentrum) über die christliche Wohlfahrtspflege gerufen: „Wo ist denn euer verfluchtes Christentum? Es gibt kein.“ Schrapel hatte da-

mals einen Ordnungsruf erhalten. Schrapel hatte vor Gericht erklärt, daß ihm eine Kränkungsabsicht ferngelegen habe. Er suchte das Urteil an, und die kleine Strafkammer des Landgerichts hatte über die Sache zu befinden.

Das Landgericht kam in tatsächlicher Hinsicht zu denselben Feststellungen wie der Vorderrichter. Die Meinerung stelle eine grobe Mißachtung der christlichen Kirche und der christlichen Stadtverordneten dar. Da aber kein diesbezüglicher Straf Antrag vorlag, wurde das erstinstanzliche Urteil aufgehoben und das Verfahren eingestellt.

Lübecker Prozeß

In der Sonnabendverhandlung des Tuberkuloseprozesses sollten eigentlich bereits die Angeklagten das letzte Wort haben. Zunächst aber sollen nochmals die Verteidiger für die Angeklagten sprechen, so daß die Angeklagten erst Anfang der Woche zu Wort kommen. Die Urteilsverkündung dürfte daher erst gegen Schluß der Woche zu erwarten sein.

Rechtsanwalt Dr. Darboven wandte sich kurz gegen die Repliken des Staatsanwalts. Er meinte, die Gutachten der Sachverständigen, nach denen eine Verwechslung nicht ausgeschlossen oder sogar mit größter Wahrscheinlichkeit anzunehmen sei, könnten nicht die Grundlage für das Gericht und für die Höhe der Strafanträge der Staatsanwaltschaft bilden. Der Verteidiger schloß: Ich muß der Staatsanwaltschaft den Vorwurf machen, daß sie sich nicht von dem Druck der öffentlichen Meinung frei machte. Sie hätte zum mindesten bei der Replik sagen müssen: Ein Stein nach dem anderen ist aus unserem Bau herausgehöhlt, und das Fundament der Anklage ist ganz und gar erschüttert.

Dann sprach für den Angeklagten Dr. Alstaedt Rechtsanwalt Dr. Hoffmann. Am Schluß seiner Ausführungen erklärte Rechtsanwalt Hilde, die Richter möchten ihr Urteil aber aussprechen als Richter, die ein Herz besäßen und die nicht nur eine Befehlsgebungsmaschine seien. Rechtsanwalt Dr. Cuvie betonte, er habe seinen Ausführungen zur Verteidigung von Professor Klotz nichts mehr hinzuzufügen.

Der Vorsitzende verlegte dann die Verhandlung auf Montag.

Von der Schuld des Gattenmordes freigesprochen

Nach viertägiger Verhandlung fällt das Schwurgericht Leipzig das Urteil gegen den 54 Jahre alten Maternmeister Max Sunghans aus Röttha. Sunghans war angeklagt, am 13. April vorigen Jahres seine Frau vorläufig und mit Ueberlegung durch einen Schuß in den Kopf getötet zu haben. Der Angeklagte behauptete, daß seine Frau wegen ehelicher Zerrwürfnisse Selbstmord verübt habe. Das Gericht sah die Schuld des Angeklagten als nicht erwiesen an und sprach ihn auf Kosten der Staatskasse frei.

Zwei Raubüberfälle

Chemnitz. Sonnabendmittag wurde einem Beamten des Pfarrhofs Jakob im Hausflur des Pfarramtsgrundstücks eine Tasche mit 705 RM Bargeld und einigen Notizen geraubt. Er war gerade im Begriff, das Gebäude zu verlassen, als ein besser gekleideter Mann eintrat und nach einem Bewohner fragte. Als der Beamte antwortete, erhielt er einen so heftigen Schlag in die Magengegend, daß er hinfiel, gleichzeitig wurde ihm Pfeffer in die Augen geworfen. Der Täter ist unter Mitnahme der Notentafel entkommen.

Wünschen Sie
bei der Anschaffung von Fenstermäsche, gut u. praktisch beraten zu werden?
Fordern Sie
unverbindlich Vorschläge, Sie werden zufrieden sein.
Gardinen-Spezial-Geschäft
Hieke, Rosengasse
Mitgl. d. R. Ruf 337

Klavierstimmer kommt!
Aufträge bis zum 5. 2. an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.
Blumen
zum Ball
auf den Tisch
auf die Gräber
am schönsten immer bei
Hesse, Dresden
Scheffelstr. 12 p., I-IV

Sigl's Bierstuben
Dienstag, den 2. Februar
Schlachtfest



Dieses Kind mit Scott's Emulsion

grossgezogen. Zahllose Atteste von Aerzten, Hebammen und dankbaren Müttern beweisen den grossen Erfolg. In allen Staaten der Welt gibt jede gute Mutter ihrem Kinde einige Wochen die natürliche Vitamin-Nahrung Scott's Emulsion. Sie ist ein natürliches Nährmittel und deshalb frei von Nebenwirkungen. Verlangen Sie Original Scott in allen Apotheken und Drogerien.

Am 31. Januar früh verschied sanft und ruhig nach langem Leiden meine liebe Gattin, unsere gute Mutter, Schwiegermutter, Schwester und Schwägerin

Ida Rummel

geb. Teuscher

kurz vor ihrem 70. Geburtstag

In tiefer Trauer

Aug. Rummel und Kinder

Bad Schandau u. Annaberg i. G., 1. Februar 1932

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 3. Februar nachm. 3 Uhr von der Halle des Friedhofes zu Bad Schandau aus statt.

Die Buchbinderei der Sächsischen Elbzeitung

empfiehlt sich zur Ausführung sämtlicher ins Fach einschlagenden Arbeiten: Neueinbände, Geschäftsbücher nach jeder Angabe, Noteneinbände, Mappen, Kästen, Aufziehen von Wanderkarten auf Leinen, im ganzen und geteilt, Bilder und Plakate auf Pappe usw. Solide und preiswerte Ausführung. Übernahme sämtlicher Reparaturen.

Mehr Infertion . . . mehr Käufer!

Für die überaus zahlreichen Glückwünsche, Ehrungen und Geschenke anlässlich unserer Silberhochzeit danken wir herzlichst

Schiffshaupter **Otto Peschke**
u. Frau **Martha** geb. Peschke

Postelwitz, den 27. Januar 1932

Gegen üblen Mundgeruch

Ich will nicht veräumen, Ihnen Mitteilung zu machen, daß ich seit dem Gebrauch Ihrer Zahnpaste „Chlorodont“ nicht nur reine, weiße Zähne besitze, sondern auch den bei mir sonst üblichen Mundgeruch verloren habe. Ich werde Ihr Chlorodont aufs beste empfehlen.“ gez. E. G., Mainz. Man verlange nur die echte Chlorodont-Zahnpaste, Tube 54 Pf. und 90 Pf., und wolle jeden Erfolg dafür zurüch.

Empfehle für morgen Dienstag in blutfrischer Qualität

Prima Seelachs, Cabliau, Fisch-Filet, grüne Heringe schottische Vollheringe kleine Fettheringe, 10 Stück 50 Pf., ff. Gewürzgurken, Stück 15 Pf.

feinste Fetttüchlinge echte Kieler Sprotten, geräucherter Fleckerlinge, geräuch. Seelachs, geräuch. Lachsheringe, Ia frisch geräucherter Flundern prächtige lebende

Spiegelkarpfen, lebende Schleien
Emil Müller

Ihre Drucksachen sind der Spiegel Ihres Unternehmens

Besuchskarten, Briefbogen, Mitteilungen, Prospekte, Handzettel, Umschläge, Rechnungen, Mahnungen, Quittungen, Lieferscheine, Durchschreibeblocks, Formulare aller Art

Alle Druckarbeiten werden schnell und preiswert ausgeführt durch die

Buch- und Kunstdruckerei der Sächsischen Elbzeitung

Fernsprecher 22 — Verlangen Sie Vertreterbesuch

Vor der Abrüstungskonferenz

Von Dr. Roderich v. Ungern-Sternberg.

Am 2. Februar beginnt in Genf die Abrüstungskonferenz, der die Aufgabe gestellt ist, nach langwierigen Vor-

Die Fronten, die auf dieser Konferenz zunächst aufeinanderprallen werden, haben sich bereits deutlich abgezeichnet. Auf der einen Seite steht Deutschland, das nicht mehr wie unmittelbar nach dem Weltkrieg, isoliert ist, sondern in dieser Angelegenheit gleichgesinnte Verbündete hat und für dessen Bestrebungen auf entschiedene Abrüstung auch in der öffentlichen Meinung aller Länder fraglos sehr starke Sympathien bestehen.

Die andere Front wird von Frankreich geführt, dem keine politischen Bundesgenossen, wie Polen, Tschechoslowakei, Rumänien und Belgien, bedingt auch Jugoslawien, zur Seite stehen und das auch auf die Unterstützung Japans rechnen kann. Nach der ganzen Vorgeschichte der Konferenz unterliegt es keinem Zweifel, daß Frankreich nach wie vor Gegner der Abrüstung ist. Es will, um seine Vormachtstellung in Europa zu wahren, auf jeden Fall den gegenwärtigen Rüstungsstand aufrechterhalten und auch das vor einigen Jahren aufgestellte Rüstungsprogramm durchführen. Dabei muß man sich darüber klar sein, daß ungeachtet zahlreicher pazifistischer Stimmen in Frankreich jede französische Regierung in Bezug auf Aufrechterhaltung des Rüstungsstandes die Unterstützung weitester Kreise des französischen Volkes findet, ja durch die öffentliche Meinung zu einer unumgänglichen Haltung bestimmt wird, denn es gilt im allgemeinen in Frankreich als selbstverständlich, daß man nichts unternehmen darf, was die militärische Stärke Frankreichs beeinträchtigen, seine Kampfbereitschaft einschränken und die Sicherheit gefährden könnte.

Hierbei findet Frankreich die unbedingte Unterstützung Polens, weil dieser Staat auf Grund des Versailler Vertrages in ungeahnter Ausdehnung wiedererstand ist, seine neue Existenz aber mit schweren außenpolitischen Belastungen seinen Nachbarn, Deutschland und Rußland, gegenüber begonnen hat. Die hieraus sich ergebenden Schwierigkeiten glaubt Polen, nur durch Aufrechterhaltung einer militärischen Rüstung begegnen zu können, die dem Lande schwere finanzielle Bürden zumutet. Neuerdings hat durch den Abschluß des russisch-polnischen Nichtangriffspaktes die Stellung Polens in der Abrüstungsfrage eine eigentümliche Komplikation erfahren: dieser Pakt enthält zwar keinerlei Anerkennung einer Unabänderlichkeit der polnisch-russischen Grenze, bietet Polen aber doch einen Schutz gegen etwaige russische Angriffe und damit eine Entlastung der Ostgrenze. Andererseits aber wird durch Zustandekommen dieses Nichtangriffspaktes die polnische Abrüstungswilligkeit auf die Probe gestellt. Polen kann jetzt nicht behaupten, daß nicht nur die deutsch-polnische Grenze umstritten ist, sondern auch seine Ostgrenze einer ständigen Bedrohung durch die Sowjetregierung ausgesetzt bleibt. Demnach besteht für Polen kein vernünftiger Grund zur Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Standes der militärischen Rüstung. Dilemma Argument will Polen offenbar dadurch begegnen, daß es einen Vorschlag vorbereitet, der anscheinend durchaus abrüstungsfreundlich ist, tatsächlich aber Polen vor der Gefahr einer Abrüstung schützt. Das polnische Abrüstungsprogramm soll etwa wie folgt aussehen: Rüstungseinsparungen sollen nur nach der Größe des Heeresbudgets der einzelnen Staaten erfolgen; es soll ein gleicher prozentualer Abbruch von der absoluten Höhe der Heeresausgaben in allen Staaten erfolgen. Angehts der verhältnismäßig außerordentlich geringen Kosten, mit denen in Polen die Ernährung, Bekleidung und Besoldung des Heeres durchgeführt werden kann, würde eine Kürzung der bestehenden Heeresausgaben für Polen aber wahrscheinlich überhaupt keinerlei Einschränkung des Rüstungsstandes bedeuten.

Die Tschechoslowakei und die anderen politischen Trabanten Frankreichs werden in Genf voraussichtlich folgen dem Weisungen der französischen Führung folgen und keinerlei originelle Beiträge zur Abrüstungsfrage vorbringen. Wie im einzelnen die Taktik der Franzosen auf der Konferenz sein wird, läßt sich natürlich nicht voraussagen, aber gerade in dieser Hinsicht sind zweifellos Schachzüge zu erwarten, die die Konferenz möglicherweise vor neue Fragen und Probleme stellen wird. Jedenfalls kann man aus der Kammerrede des Ministerpräsidenten Laval vom 22. Januar die Absicht entnehmen, daß die französischen Delegierten mit „positiven Vorschlägen“ kommen werden, die „die technische Seite der Rüstungsherabsetzung leichter lösbar machen“ werde.

Sowjetrußland wird zweifellos die gleichen Argumente für eine vollständige Abrüstung vorbringen, die es bereits am 30. November und am 3. Dezember 1927 auf der 4. Tagung der Vorbereitenden Abrüstungskommission vorgelegt und die es in einem „Entwurf für unverzügliche, vollständige und allgemeine Abrüstung“ zusammengefaßt hat. Dem russischen Vorschlag gemäß soll sich die Abrüstung zwar in Etappen vollziehen, aber bis zu einer Verminde rung aller Streitkräfte auf den Stand einer Miliz und Grenzwa che durchgeführt werden. Zweifellos besteht bei den Russen ein entschiedener Wille zur Abrüstung, was sich daraus erklären läßt, daß die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Rüstungsstandes eine verhältnismäßig sehr starke Inanspruchnahme der finanziellen Mittel bedingt, die die Sowjetregierung für ihre wirtschaftlichen Aufbaupläne viel besser verwenden könnte. Solange aber die „kapitalistischen“ Länder ihren Rüstungsstand ungehindert aufrechterhalten, besteht nach Ansicht der Sowjetregierung, die Gefahr einer militärischen Koalition dieser Länder gegen Sowjetrußland, der letzteres nur durch stete Kriegsbereitschaft und Vervollkommnung seines militärischen Apparates begegnen kann.

Die Vereinigten Staaten von Amerika, die in der Nachkriegszeit ihre Rüstungsausgaben im Vergleich zur Vorkriegszeit, vor allem was die Seerüstung anbelangt, außerordentlich gesteigert haben, sehen sich in Betracht der gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten

veranlaßt, mit allem Nachdruck auf eine Verringerung des Rüstungsstandes zu dringen, weil sich nach ihrer Meinung daraus auch eine Entspannung der Weltwirtschaftskrise ergeben müßte.

Was nun den deutschen Standpunkt anbelangt, so läßt er sich kurz dahin zusammenfassen, daß wir völlige Gleichberechtigung in allen Wehrfragen verlangen. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß unsere Nachbarn einen militärischen Apparat bereit halten, der viel mächtiger ist als in der Vorkriegszeit, während wir durch den Versailler Friedensvertrag gezwungen worden sind, auf alle modernen Kampf waffen zu verzichten. Als gleichberechtigtes Mitglied des Völkerverbundes fordern wir a l e i c h e S i c h e r h e i t f ü r

alle. Wenn andere Völker ein Naturrecht geltend machen, ihre Landesgrenzen zu sichern, so darf nicht mit zweierlei Maß gemessen werden. Wir können uns nicht mit dem heutigen Zustand minderen Rechts abfinden. Deshalb hat auch die Abrüstung der anderen nach den gleichen Methoden wie die deutsche zu erfolgen. Aus diesem Grunde haben wir dem sogenannten Konventionse n t w u r f, den die Vorbereitende Abrüstungskommission ausgearbeitet hat, nicht unsere Zustimmung geben können, weil vor allem hinsichtlich der aus geb i l d e t e n R e s e r v e n die anderen Staaten sich Rechte vorbehalten wollten, die Deutschland, gemäß dem Versailler Vertrag, nicht zustehen.

Amerika und die Abrüstung

Der Anteil der Vereinigten Staaten

Washington, 31. Januar.

Zum ersten Male ist von amtlicher amerikanischer Stelle öffentlich erklärt worden, daß die Vereinigten Staaten durch die Ratifizierung des Berliner Vertrages die Aufgabe übernommen hätten, sich an der Erzielung einer internationalen Abrüstung zu beteiligen. Der Unterstaatssekretär Rogers hielt vor der Außenpolitischen Vereinigung Chicagos eine Rede über Amerikas Stellung zur Genfer Abrüstungskonferenz und wiederholte dabei im wesentlichen die „Nichilinen“, die der amerikanischen Delegation mitgegeben wurden. Neu war jedoch folgender Gedankengang: Die Abrüstungskonferenz ist durch eine Reihe von Erklärungen kurz vor und nach der Beendigung des Weltkrieges vorbereitet worden. Einer der 14 Punkte Wilsons erwähnte die „angemessene Gewähr, daß die Rüstungen auf das niedrigste mit der Sicherheit der Landesgrenzen zu vereinbarende Maß reduziert werden“. Das Völkerverbundsstatut, das ebenfalls teilweise von Wilson entworfen wurde, enthält im Artikel 8 eine genaue Festlegung der Notwendigkeit, die Rüstungen auf das Mindestmaß herabzusetzen. Ferner bestimmt der fünfte Teil des Versailler Vertrages in seiner Einleitung ausdrücklich, daß eine Begrenzung der deutschen Streitkräfte zur Ermöglichung der allgemeinen Beschränkung der Rüstungen erfolge.

Im Anschluß daran erklärte Unterstaatssekretär Rogers: „Dieser Vertrag ist niemals von den Vereinigten Staaten ratifiziert worden. Wohl aber ist mit Deutschland im Jahre 1921 ein separater Friedensvertrag abgeschlossen worden, der ausdrücklich auf die Militärklauseln des Versailler Vertrages als eine Materie Bezug nimmt, bezüglich der sich die Vereinigten Staaten alle Rechte und Vorteile vorbehalten. Da die Präambel zu diesen Teilen, in denen die Rüstungsbeschränkungen des Reichs niedergelegt sind, von dem Zweck dieser Maßnahme als Aufstuf zu einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen spricht, haben die Vereinigten Staaten in gewissem Sinne einen Teil dieses gewaltigen Weltunternehmens mit übernommen.“

Für Genf gerüstet.

Paris, 1. Februar.

Die französische Delegation für die Abrüstungskonferenz ist unter dem Präsidium Lardieux zu einer dritten vorbereitenden Sitzung zusammengetreten. Auf besondere Einladung nahmen auch General Petain, der Oberkommandierende General Weygand und der Generalsekretär des Obersten Kriegsrates, General Chabert, daran teil.

Die Abrüstungskonferenz gefährdet.

Amerika beschuldigt Frankreich.

Washington. Dem Weißen Hause nahestehende Kreise sind davon überzeugt, daß die französische Unterstützung des japanischen Vorgehens in China die letzte Hoffnung für einen Erfolg der Genfer Abrüstungskonferenz raubt. Staatssekretär Stimson trifft auch vorläufig keine Vorbereitungen für die Abfahrt nach Genf. Es herrscht die Überzeugung vor, daß Japan die französische Hilfe durch Zugeständnisse für Genf erkaufe, und ebenfalls für den Grundsatz: Keine Abrüstung! eintreten würde.

Eine Rundfunkrede an Amerika über die deutschen Abrüstungsziele.

Genf. Staatssekretär A. D. v. Rheinbaben, der der deutschen Abordnung zur Abrüstungskonferenz angehört, hielt am Sonntagabend von Genf aus eine nach den Vereinigten Staaten übertragene Rundfunkrede über die deutschen Abrüstungsziele.

Erzbischof von York fordert Abschaffung der Kriegsschuldtafel.

Genf. Der Erzbischof von York, William Temple, zweiter Geistlicher des englischen Königreiches, hielt am Sonntag anlässlich der bevorstehenden Eröffnung der Abrüstungskonferenz einen Gottesdienst ab, in dem er eine schriftlich festgelegte Rede rein politischen Charakters hielt. Der Gottesdienst, dem der Präsident der Abrüstungskonferenz Henderson, der Führer der englischen Abordnung, Staatsminister Thomas, Lord Robert Cecil und zahlreiche Mitglieder der verschiedenen Abordnungen beiwohnten, hat hier größtes Aufsehen erregt.

Der Erzbischof von York verlas wörtlich den entscheidenden Teil der berühmten, auf der Versailler Konferenz abgefaßten Mantelnote der alliierten Mächte, in der die allgemeine Abrüstung als eine Ehrenverpflichtung der alliierten Mächte bezeichnet und erklärt wird, daß die Entwaffnung Deutschlands den Beginn der allgemeinen Abrüstung einzuleiten habe. Der Erzbischof betonte, daß die Abrüstung eine internationale, sämtliche Mächte bindende Verpflichtung darstelle.

Zur Sicherheitsfrage erklärte er, das Verlangen nach Sicherheit wäre zwar gerechtfertigt, aber diejenigen Mächte, die bereit sind über die notwendigen Sicherheitsgarantien zu verfügen, dürften die Sicherheit nicht denjenigen Mächten verweigern, die heute keine Sicherheit hätten. Die internationalen Verträge dürften zwar nur mit Zustimmung beider Vertragsparteien geändert werden, aber die heute bestehenden internationalen Verträge enthielten unhaltbare Bedingungen.

Hierzu gehöre in erster Linie die Kriegsschuldtafel. Diejenigen Mächte, die diese Klausel geschaffen hätten, müßten jetzt selbst freiwillig diese Klausel wieder auslöschen. Als 1919 die Kriegsschuldtafel geschaffen wurde, sahien es einzig und allein denkbar, daß sie nur während einer kurzen Frist gelten könnte. Jetzt könnte diese Klausel nicht mehr weiter aufrecht erhalten werden. Die Schuld am Kriege treffe nicht eine einzelne Macht, nicht denjenigen Staat, der das Zündholz ins Feuer warf, sondern diejenigen, die den Zündstoff zusammengetragen haben.

Madolny über die deutschen Ziele auf der Abrüstungskonferenz.

London. Der Führer der deutschen Abordnung zur Abrüstungskonferenz, Botschafter Madolny hat dem „Observer“ eine Unterredung über die deutschen Ziele gewährt. Deutschland, so sagte er, werde eine positive Politik verfolgen. Deutschland habe als entwaffneter Staat ein besonderes Interesse an der Abrüstung der anderen und werde darauf bestehen, daß die Abrüstung effektiv sein werde. Er halte die Art der Begrenzung der Rüstungswaffen nicht für ausreichend, sondern werde unmittelbare Abrüstung fordern. Besonders Gewicht legte Madolny darauf, daß zwischen den Staaten keine unterschiedliche Behandlung stattfindet. Die gleichen Grundfätze müßten sowohl für Deutschland wie für die anderen Mächte gelten.

Madolny bezeichnete die Gerüchte über geheime Rüstungen als völlig unbegründet. Sie seien anscheinend nur in die Welt gesetzt worden, um die Konferenz zu torpedieren und eine für Deutschland ungünstige Atmosphäre zu schaffen. Deutschland werde sich auf der Konferenz von dem guten Willen der Zusammenarbeit leiten lassen. In der nächsten Woche werde wohl Reichskanzler Brüning für kurze Zeit nach Genf kommen, der die gleichen Ansichten habe, wie er sie soeben geäußert habe.

Die unwahren französischen Kammerberichte über deutsche Geheimrüstungen kommen vor die Abrüstungskonferenz.

Paris. In seiner Eigenschaft als Präsident der französischen Abordnung für die Abrüstungskonferenz hat Lardieu am Sonntag längere Besprechungen mit dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses der Kammer, de Castellane, sowie mit den Vorsitzenden des Auswärtigen und des Heeresauschusses des Senats, Bergeranger und Messimy, gehabt.

Letztere überreichten Lardieu den genauen Wortlaut der Erklärung des Generals Bourgeois und des Senators Gecard über die angeblichen deutschen Geheimrüstungen sowie den Rüstungsstand anderer Nationen. Dieses „Material“ soll augenscheinlich in Genf zur Sprache gebracht werden.

Schluß mit den Zahlungen

MacDonald über Schulden- und Zollpolitik.

London, 31. Januar.

In einer Rede, die MacDonald in seinem Wahlbezirk Seaham hielt, äußerte der Ministerpräsident u. a., daß die Wohlfahrt Englands von seinen internationalen Beziehungen abhängen, und es sich deswegen auch mit den europäischen, amerikanischen und anderen Weltfragen befassen müsse. Dies gelte auch für die Tribute und Kriegsschulden. England habe an seiner Politik in dieser Frage dauernd festgehalten und werde dies so lange tun, bis die Probleme gelöst und dieser Irrtum aus der Geschichte Europas wieder ausgelöscht sei.

Die Politik Englands sei, auf wirtschaftlich gesunden Grundlagen zu gesunden Grundfätzen zurückzuführen und mit den Zahlungen Schluß zu machen, und zwar — soweit England in Frage komme — je eher um so besser. Nur wenn das geschehen wäre, könne England wieder seinen normalen internationalen Handel aufnehmen, und nur allein durch diesen könne England wiederaufblühen.

Am Hindenburgs Wiederwahl

Dr. Sahm an die deutsche Presse.

Berlin, 31. Januar.

Der Oberbürgermeister von Berlin, Dr. Sahm, hat in Fortführung seiner Aktion für die Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg an die gesamte deutsche Presse ein Schreiben gerichtet, in dem er seine Pläne darlegt, von der Gründung des Ausschusses Kenntnis gibt und die Unterstützung der Presse für die Unterschriftenwerbung erbittet, da nach den gesetzlichen Bestimmungen für die Vorlage eines solchen Wahlvorschlages erforderlich ist, daß 20 000 Wähler dargelegt werden müssen wenn der Vorschlag nicht von einer Partei ausgeht. Das Schreiben gipfelt in einer Erklärung, in der es heißt, daß dieses Unternehmen keinerlei Einzelinteressen verfolge, sondern nur den Zweck habe, in der wichtigen Frage der Reichspräsidentenwahl einmal alles Trennende zurückzustellen und die große Volksfront für Hindenburg zu ermöglichen.

„Deutschlands Zukunft“, so schließt das Schreiben Dr. Sahms, darf nicht mehr oder minder hemmenden Bindungen einzelner Persönlichkeiten geopfert werden. Gerade jetzt müssen wir Deutschen beweisen, daß wir einig sein können, wenn die Stunde es fordert und daß wir eine Sache um der Sache willen zu betreiben vermögen. Ich richte deshalb wie an Sie an jede einzelne deutsche Zeitung die Bitte, hier einmal alle Gegensätzlichkeiten beiseitezulassen und zu helfen, daß eine geschlossene Volksfront für den Reichspräsidenten von Hindenburg zustande kommt.“

Die deutsche Landwirtschaft stellt aus

7. Grüne Woche

Am Sonnabend ist in den Berliner Ausstellungshallen die große landwirtschaftliche Ausstellung eröffnet worden, die in Verbindung mit den zahlreichen Vortragsveranstaltungen über agrarwissenschaftliche und agrarpraktische Fragen weit über Deutschlands Grenzen hinaus als „Grüne Woche“ bekannt und beachtet wird. In der Vorkriegszeit war es die „Große Landwirtschaftswoche“, die mit der Riesenlundgebung deutscher Bauern und Gutsbesitzer im Zirkus Busch der Weltstadt Berlin ihren Stempel aufdrückte. Die betriebswirtschaftliche Entwicklung hat inzwischen auch in der Landwirtschaft eine Wandlung herbeigeführt, die auf eine Verfeinerung der Betriebsmethoden, auf eine Technisierung des landwirtschaftlichen Betriebes und auf eine Typisierung der landwirtschaftlichen Produktion abgestellt ist. Das kommt in den großen landwirtschaftlichen Ausstellungen der Grünen Woche wie der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft beweisend zum Ausdruck. Alles, was die deutsche Landwirtschaft an Produkten und züchterischen Leistungen hervorbringt, wird auch diesmal während der Grünen Woche in lückenloser Vollständigkeit und Uebersichtlichkeit vor Augen geführt. Es ist eine bekannte Erscheinung, daß diese Jahreschau der deutschen Landwirtschaft nicht nur einen Riesenstrom deutscher und ausländischer Landwirte nach Berlin bringt, sondern daß auch der Großstädter mit zunehmendem Interesse und sichtbarer Genugtuung die Entwicklung der deutschen Landwirtschaft zu vorbildlicher Agrarwirtschaft verfolgt und daran Anteil nimmt.

Diese Leistungs- und Lehrschau der deutschen Landwirtschaft und der mit ihr verbundenen Zweige des Handels und der Industrie gibt einen umfassenden Ueberblick über die Arbeitsmethoden und die Produktionsergebnisse des deutschen Nährstandes und wichtiger mit ihr in Zusammenhang stehender anderer Wirtschaftsgebiete. Der Laie wie der Fachmann, der Gönner wie der Kritiker werden bei einem Besuch feststellen können, daß trotz der Not und trotz aller Schwierigkeiten wirtschaftlicher und finanzieller Art die deutsche Landwirtschaft wieder einen bedeutsamen Schritt vorwärtsgegangen ist, um die Ernährung des deutschen Volkes in vollem Umfange sicherzustellen und Deutschland immer mehr unabhängig zu machen vom Ausland. Gerade auf dem Gebiet der reinen Landwirtschaft, des Körnerbaues wie der Hackfrüchte, weiter aber auch auf dem Gebiet der Fleischproduktion, der Kleintierzucht, der Eierproduktion, des deutschen Gemüse- und Obstbaues und nicht zuletzt auf dem Gebiet der Fischzucht und der Imkerei sind Fortschritte erzielt worden, die geradezu epochenmachend sind. Die deutsche Landwirtschaft kann, was rationelle Betriebswirtschaft und die Erzeugung von Qualitätsware angeht, getrost jede Konkurrenz mit dem Auslande aufnehmen.

Schiele: Zu allererst Agrarpolitiker

Bei der Eröffnung der „7. Grünen Woche“ überbrachte der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Schiele die Grüße und Wünsche des Reichspräsidenten und der Reichsregierung. Deutschland sei, so führte er weiter aus, reich und fruchtbar genug, um unserem Volk in Zukunft das Leben zu verbürgen, wenn wir es nur wollten.

In dieser Hinsicht erfülle die Tatsache mit Zuversicht, daß es heute mehr und mehr Gemeingut in unserem Volke werde, daß wir zu allererst Agrarpolitiker zu betreiben hätten, nicht um eines Standes und nicht um der Landwirtschaft willen, sondern um die Zukunft unserer Wirtschaft und unseres gesamten Volkes zu sichern.

Die Einfuhr von Lebensmitteln sei seit 1927 in steter und gleichmäßiger Entwicklung so stark herabgedrückt und unsere Handelsbilanz dadurch so entlastet worden, daß dies unsere Rettung in den letzten Jahren gewesen sei.

Daß diese Entwicklung sich fortsetze, dafür bürgte der jetzt erkämpfte Schutz unserer Veredelungswirtschaft, der mit dem lang erwarteten Butterzoll eingeleitet sei und seine Wirkungen in Bälde zeigen müsse. Die Zahlen der Schaubilder zeigten, daß wir in unserer Nahrungsversorgung nicht mehr auf das Ausland angewiesen seien, und daß sich nicht die Macht der Gläubiger in einen gewollten Druck harter Entbehrungen wie in den Kriegs- und Nachkriegsjahren umsetzen könne. Die Reichsregierung habe deshalb auch besondere Maßnahmen ergriffen, um eine ordnungsmäßige Frühjahrsbestellung zu ermöglichen und uns einen Brotkornwinter zu ersparen. Wir hätten durchaus nicht mehr die freie Wahl, ob wir uns auf die Weltwirtschaft oder auf den Binnenmarkt einstellen sollten, sondern wir seien



Aderwagen mit Luftbereifung.

Auf der Grünen Woche, der großen alljährlichen Landwirtschaftsausstellung am Kaiserdam in Berlin, wird ein stählerner Univeralwagen für die Landwirtschaft gezeigt, der infolge Anwendung von Gummibereifung nur ein Drittel der bisher benötigten Zugkraft zur Fortbewegung braucht. Seine eigenartige Konstruktion ermöglicht es, daß ein Mann ihn mit wenigen Handgriffen in kurzer Zeit für die verschiedensten landwirtschaftlichen Arbeiten verändern kann

vielfach gezwungen, alle irgendwie gegebenen Produktionsmöglichkeiten am Binnenmarkt auszuschöpfen.

Erst auf der Grundlage eines kräftigen und ausgeglichene Binnenmarktes wäre die wirtschaftliche Stärke zurückzugewinnen, die erforderlich sei, um den unerhört schweren Weltkampf um unsere Ausfuhr einigermaßen erfolgreich zu führen.

Für das preussische Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten sprach Staatsminister Dr. Steiger. Dann hieß der Oberbürgermeister der Stadt Berlin, Dr. Sahm, namens der Reichshauptstadt alle an der großen landwirtschaftlichen Ausstellung Beteiligten willkommen.

Politische Rundschau.

Staatssekretär von Bülow fährt nach Genf.

In Berliner diplomatischen Kreisen rechnet man damit, daß Staatssekretär von Bülow sich durch die Entwicklung des Konflikts in Ostasien veranlaßt sieht, zu den Beratungen des Völkerbundsrats über die Beilegung der Feindseligkeiten zwischen Japan und China nach Genf zu reisen.

Einberufung des Auswärtigen Ausschusses beantragt.

Die kommunistischen Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags haben die sofortige Einberufung des Ausschusses beantragt. Als Tagesordnung haben sie vorgeschlagen: Die japanischen Kriegsmassnahmen gegen China und die Haltung der deutschen Reichsregierung und des Völkerbundes.

Stilllegung des Hüttenbetriebes der Borfigwerk A.G.

Die Borfigwerk A.G. teilt mit: „Angesichts des seit geraumer Zeit festzustellenden völlig unzulänglichen Auftragsesinganges hat sich die Borfigwerk A.G. entschlossen müssen, vorjorglich dem Demobilisationskommissar die Stilllegung ihres Hüttenbetriebes am 28. Februar anzuzeigen. Die Betriebe der Gruben und der Kokereien werden von dieser Stilllegung nicht berührt.“ Von d. Stilllegung werden gegebenenfalls 1700 Angestellte und Arbeiter betroffen werden.

„Völkischer Beobachter“ verboten.

Der Münchener Polizeipräsident hat den „Völkischen Beobachter“ auf 8 Tage verboten. Der amtliche Wortlaut der Begründung liegt noch nicht vor.

Letland will wegen der Butterzollfrage verhandeln.

Der lettlandische Außenminister Sarin ist nach Genf zur Abrüstungskonferenz abgereist. Die Reise erfolgte etwas früher als beabsichtigt, da sich der lettlandische Außenminister ein bis zwei Tage in Berlin aufhalten will, um in der Frage des erhöhten deutschen Butterzolls Verhandlungen mit den zuständigen Reichsstellen zu führen.

Politischer Streit fordert zwei Todesopfer

Dortmund, 1. Februar. Im Verlauf einer nationalsozialistischen Versammlung kam es zu Zusammenstößen mit Kommunisten. Die beiden Landjäger drängten die Kommunisten aus dem Saal, während die Nationalsozialisten zurückblieben. Als ein Trupp Kommunisten in Richtung Dortmund-Loh abzog, fielen plötzlich etwa 120 Meter vom Versammlungslokal entfernt, zehn bis zwölf Schüsse. Zwei Arbeiter wurden getötet, ein dritter schwer verletzt. Von dem die Schüsse abgefeuert worden sind, steht noch nicht fest



URHEBER-RECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU

(22. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Er lehnte sich in seinen Stuhl zurück und sah aus dem Fenster ins Weite. Der Ausdruck seines Gesichtes wurde so hart, wie Julia ihn bis jetzt noch nie gesehen. Zuletzt erhob er sich nach einigen qualenden Minuten und steckte den Briefbogen mit einer Bewegung von fester Entschlossenheit in seine Brusttasche. Er wandte sich zum Gehen und sein Blick suchte für Momente Julia. Sekundenlang ruhten ihre Blicke ineinander. Sie ahnte den Grund seiner Empörung. Wahrscheinlich war der Fettel eine Bitte des Adjutanten an Frau Trini um irgendein neues geheimes Rendezvous.

Als Haltermann sich schweigend entfernte, trotzdem er sein Frühstück noch nicht beendet hatte, wußte Julia nicht, daß er sich in dieser Stunde vollkommen von seinem Weibe innerlich löste, so leidenschaftslos und voll harter Klarheit, daß er mit der Abrechnung warten konnte und es vorzog, seine Frau nicht gleich jetzt zur Rechenschaft zu ziehen.

Ein schwüler Sonntag kam, doppelt drückend nach der erquickenden kurzen Regenzeit. Bekommen war auch die ganze Stimmung im Hause. Der Herr, Pedro Bedang, außer Hause, auf Wegen und Zielen, die nicht ohne Gefahren für ihn waren. Bekommen auch rings die Stimmung unter den Eingeborenen in ihren Dörfern und Häusern. Auch in den Häusern der europäischen Familien standen die Diener, sowie ihr Dienst es erlaubte, in kleinen Gruppen beisammen. Sie küsterten, beratschlagten, ballten heimlich die Fäuste und rangen ihre Ungebild nieder.

Was für sie alle der Bekruft werden sollte, strich jetzt wortlos durch ihre Reihen hindurch. „Wenn eines Nachts die Leuchtkugeln am Himmel steigen!“

Frau Trinidad hätte jedem belustigt ins Gesicht gelacht, der ihr gesagt, es zöge sich etwas Unbestimmtes, aber Drohendes über Manila zusammen. Das Fest morgen abend beim Gouverneur würde entzündend werden! Das Wetter blieb gut. Man würde mit dem großen Feuerwerk ein herrliches, hier ungewohntes Schauspiel genießen können.

Sie war gerade im Begriff, zur Generalprobe in den Palast des Gouverneurs hinauszufahren, um die Vorbereitungen zu sehen. Als sie abgefahren war, trat Alex Haltermann zu Julia in das chinesische Zimmer, in dem sie gestern mit Pedro Bedang gesprochen und wo jetzt der Kleine auf ihrem Schoße mit ihr auf dem kostbaren Ruhebett saß. Bei der stark einsetzenden Dämmerung konnte Julia nicht mehr genau Haltermanns Züge erkennen, aber sie hörte seine Erregung aus seiner Stimme heraus. Soeben hatte er von der Veranda aus äußerlich gelassen, der Abfahrt seiner Gattin zugehört.

Da der Kleine Miene machte, einzuschlafen, ließ er sich Julia nahe gegenüber in den zweiten geschnittenen Armstessel nieder und begann leise: „Es ist mir lieb, Sie jetzt noch allein sprechen zu können. Sie sind heute morgen durch Zufall Zeugin einer Angelegenheit geworden, die — die ich jetzt

verfolgen muß, Sie erraten wohl, daß dieser abgetrennte Teil eines Briefbogens sich um ein Rendezvous des Baron de Bambito und meiner Frau drehte?“

Julia senkte zustimmend den Kopf. Sie litt innerlich mehr als er ahnte.

„Der Baron erbat sich ein Rendezvous. Vermutlich steckte er ihr das Billett in Gegenwart der Excellenzen heimlich zu, und sie ließ es schnell in ihren Handschuh verschwinden. Dort wird sie es, nachdem sie es gelesen, nach dem Ausbleiben vergessen haben.“ Haltermann machte eine kurze Pause. Er war es Julia schuldig, ihr noch irgendeine Erklärung zu geben.

„Ich merkte schon seit einiger Zeit, daß sie Bambito mit in ihren Flirt einbezog. Sie kann ja nicht mehr leben ohne Flirt. Das ist ihr Lebenselixir. Vielleicht seit ihrer kurzen Laufbahn als Schauspielerin.“

Julia machte eine unwillkürliche Bewegung. Jetzt begriff sie die unerfährliche Eitelkeit von Frau Trinidad und das Bedürfnis, Bewunderung und Beachtung zu erregen.

Auch ich habe mich ja damals schnell von ihr bestricken lassen. War ja nie ein großer Frauenkenner oder Troubadour, weil mir der Kopf immer voll weitschauernder geschäftlicher Pläne steckte. Sie erschien mir in ihrer quecksilberigen Lebhaftigkeit ein Ausgleich zu meiner etwas schwerblütigen Art. Wir heirateten sofort, da ich in guter Position war und reisten hierher, weil ich mich nicht zu lange von meinem Geschäft fernhalten konnte.“

Julia wußte, daß das großzügige Leben in den Tropen Frau Trini sehr zusagte. Aber es war das erstemal, daß Haltermann ihr sein Vertrauen aufschloß.

„Ich habe eine hübsche Wuppe geheiratet, aber keine Lebensgefährtin. Ich stand innerlich einsam in unserer Häuslichkeit. Damals in Paris hoffte ich, die neuen Freuden und Freuden an einem Kinde würden sie durch eine Adoption vertiefen. Aber es war auch das ein Schlag ins Wasser. Vielleicht stand ich ihren Flirts zu passiv gegenüber. Aber stellte ich sie einmal zur Rede, dann lachte sie mir ins Gesicht. Ich focht gegen Windmühlen. Mir fehlten auch Beweise, daß es mehr sei als ein harmloser Flirt bei der sprichwörtlichen Ritterlichkeit der Spanier. Aber jetzt werde ich der Spur nachgehen!“

Julia neigte sich ihm etwas entgegen. Sie vermochten in der Dämmerung kaum noch ihre Gesichter gegenseitig zu enträtseln. „Was wollen Sie tun?“

„Ich vermute, meine Gattin benutzte ihre Behauptung, jetzt zur Hauptprobe in den Palast zu fahren, nur als Vorwand. Jedenfalls werde ich ihrer Spur bis an die äußersten Konsequenzen nachgehen.“

Draußen rollte eine Equipage fahrbereit in den Vorgarten. Er erhob sich und schloß nun noch leiser: „Vielleicht fragen Sie mich, weshalb ich Sie in das alles einweihe? Aber ich stehe unter einem schweren Druck. Ist es meine nur persönliche Empfindung, daß sich über uns allen etwas Unsichtbares zusammenballt? Sogar Pedro Bedang hat jetzt — trotz seiner geradezu großzügigen Gastsfreundschaft — zugestimmt, daß wir in drei Tagen in mein eigenes Landhaus überfließen und hier ausziehen.“

Julia schwieg noch immer, da sie ja mehr wußte als Herr Haltermann.

„Die politische Situation spitzt sich zu, Fräulein Julia, und wenn hier der Funke ins Pulverfaß fliegt, kann auch Pedro Bedang gerade in meinem Hause für unsere persönliche Sicherheit nicht aufkommen, weil er selbst voelfrei bei den

Spaniern ist. Ich muß Sie heute abend für mehrere Stunden mit Frau Zodel und dem Kleinen der Dienerschaft hier überlassen. Die Diener im Hause sind, selbst bei Ausbruch eines Aufstandes, unbedingt sicher. Aber die äußeren Verhältnisse! Deswegen mußte ich Ihnen sagen, wo ich jetzt bin, auch damit Sie über mich selbst Bescheid wissen. Wann ich zurückkehre, ist bei den Umständen die ich verfolgen ganz unbestimmt.“

„Sie wissen hier alles in guter Hut,“ tröstete sie, und sie reichte ihm die Hand, da sie fühlte, wie schwer ihm dieser Weg wurde.

An der Tür wandte er sich nochmals zu ihr um. Er sah sie sitzen, den schlummernden Knaben auf dem Schoße, wie eine stille, schützende Hüterin dieses Hauses —

Die Nacht brach an.

Es herrschte eine grauenvolle dumpfe Stille.

Der Majordomus hatte auf der offenen Terrasse. Azotea genannt, zur Nachtmahezeit decken lassen, da es im Speisezimmer zu heiß war. Der Tisch sah heute nur Frau Zodel und Julia. Zwei silberne Leuchter mit je sieben Kerzen erhellen den Platz. Man liebte es nicht, Petroleumlampen mit ins Freie zu nehmen, da immer umherwirrende Käfer und Fledermäuse das Lampenlicht zu umreifen pflegten. Die Bäume des Parkes waren an dieser Stelle ausgehauen, man hatte einen angenehmen Ueberblick auf die hinter der Befestigung hinziehenden großen Reis- und Tabakfelder. Ein leichter Windstoß kam auf und wuschelte mit seinem Hauch plöcklich die Kerzen nieder, als sollten sie sich wie von unsichtbarer Hand verlöschen.

„Wenn nur erst Don Pedro wieder zurück wäre!“ sagte Julia leise auf spanisch, halb zu Frau Zodel, halb zum Majordomus gewandt, der ihnen heute allein servierte.

Der Alte durfte es sich angeeignet seiner langjährigen Vertrauensstellung erlauben, sich gelegentlich ins Gespräch einzumischen. „Senorita, Don Pedro ist schon mehrmals zu diesem Dorf an der Nordküste geritten. Er richtete seine Rückkehr immer so ein, daß noch Equipagen von Herrschaften unterwegs waren, um nicht als einsamer Reiter den Spaniern in die Hände zu fallen.“

Frau Zodel mißte sich nun auch ein: „Ich möchte heute nacht die Rückkehr von Don Pedro abwarten, um ihn zu sprechen. Ich habe den Eindruck, daß es hier unter den Philippinos gewaltig gärt.“

„Der Fall von meinem Sohn hat hier viel böses Blut gemacht, Senora!“

„Ich denke, Herr Haltermann hat sich direkt an Baron de Bambito gewandt und seine Freilassung durchgesetzt?“

Der Alte trug eben die geschliffenen Spüßgläser herbei: „Gott sei gepriesen, Senora! Noch ein paar Tage später, und mein Sohn wäre bestimmt in der verruchten Klappe im unterirdischen Gefängnis am Meere verschwunden. Aber wenn es hier eines Tages losgeht, Senora, dann ist Baron de Bambito einer der ersten, an dem wir unser Mütchen und unsere Rache kühlen, für Vieles, Vieles, was er uns angetan hat!“

Julias Finger krampften sich um ihre Serviette. Und bei diesem Manne weckte jetzt womöglich heimlich Frau Trinidad.

Plötzlich fuhr sie auf. Der Alte hatte einige sprunghafte Schritte an den Rand der Azotea gemacht und starrte in die Ferne. Jede Muskel schien in ihm angepannt.

„Auauktin, was ist dir?“

(Fortsetzung folgt)

Die Preissenkung wird fortgesetzt.

Dr. Goerdeler über seine Pläne.

Der Preisindex ist, wie der Reichskommissar für Preisüberwachung Dr. Goerdeler erklärte, gegenüber der letzten Zahl vor seiner Amtsübernahme um 6,3 Prozent gefallen. Damit ist bei den durch den Index erfaßten Bedarfsartikeln die Senkung erzielt, die bis Ende Januar zu erreichen er bei seiner Amtsübernahme für möglich erklärt hätte. Ich bin, so fuhr er fort, hiervon aber nicht befriedigt, obgleich die Preisindex auf dem außerhalb des Index liegenden Gebiet noch größer ist.

Im Interesse der Belegung der Wirtschaft ist es notwendig, das Verhältnis zwischen Kaufkraft und Preisen noch stärker zu verbessern. Das muß in kürzester Frist durchgeführt werden, um Störungen im Produktionsprozeß auszuschalten, die sonst bei unsicher wirkenden Preisverhältnissen drohen würden.

An den Orten, für die ich festgestellt habe, daß die zentralen Vereinbarungen über Lebensmittelpreise nicht durchgeführt sind, wird mit besonderen Anordnungen eingegriffen werden. Zu einer Beruhigung wegen des Brotpreises liegt keine Veranlassung vor.

Die Senkung der gebundenen Preise

wird für jeden Käufer nachprüfbar gemacht, die Preise für Leistungen noch stärker der Bildung im freien Wettbewerb anvertraut. Im übrigen wird das bewährte Verfahren der Preisüberwachung durch Abmachungen mit den verschiedenen Wirtschaftsgruppen in noch stärkerem Tempo zu einem gewissen Abschluß gebracht werden. Eine beachtliche Zahl von Gas- und Elektrizitätswerken haben ihre Preise gesenkt. Auch diese wichtige Frage, bei der der Zusammenhang zwischen Preisgestaltung, allgemeiner Wirtschaftslage und öffentlichen Lasten besonders klar in Erscheinung tritt, wird beschleunigt geklärt werden.

Broterzeugung bis zur nächsten Ernte gesichert.

Leipzig, 1. Februar.

Den „M“ gegenüber äußerte sich Preisüberwachungs-Kommissar Dr. Goerdeler über seine Stellungnahme zu verschiedenen Fragen der allgemeinen Versorgung dahin, daß er für absolut notwendig halte, zu einem geeigneten Zeitpunkt mit dem bisherigen System der Preisüberwachung Schluß zu machen. Es sei nicht daran zu zweifeln, daß die Errichtung des Amtes für Preisüberwachung eine gewisse Beruhigung in die Wirtschaftskreise hineingetragen habe. Die Beruhigung äußere sich beispielsweise so, daß vielfach die Konsumenten auf weitere Preisrückgänge warten, was wiederum dazu führen könne, daß die Wirtschaft mit der Zeit angesichts der Zurückhaltung der Konsumenten auftragslos würde. Das würde bedeuten, daß sich letzten Endes dieses System der bisherigen Preisüberwachung gerade gegen den Arbeitnehmer richten, dem sie doch in erster Linie zugutekommen soll. Deshalb glaubt Dr. Goerdeler in absehbarer Zeit den Zeitpunkt für gekommen, das bisherige System der Preisüberwachung zu reformieren. Allerdings werde man für die lebenswichtigen Gegenstände an dem jetzigen System der Preisüberwachung auch für weitere Zeit festhalten müssen, und man werde zu unteruchen haben, auf welche Gegenstände sich diese Systemänderung beziehe.

Nach den dem Preis-Kommissar vorliegenden Auskünften aller verantwortlichen Stellen sei kein Zweifel darüber, daß die Broterzeugung für das deutsche Volk bis in die nächste Ernte hinein vollkommen gesichert sei. Es liege also kein Anlaß vor, sich Besorgnissen wegen einer Verknappung der Brotgetreidebestände hinzugeben.

Die Roggen- und Weizenpreisschwankungen an den Produktionsorten seien lediglich ein Ausdruck einer Nervosität, die man vielleicht in Verbindung bringen könne mit dem leider immer mehr zunehmenden Schwinden der Kaufkraft. Daraus aber eine Befürchtung herzuleiten, daß eine Verknappung der Brotgetreidebestände eintrete oder daß gar eine Preiserhöhung bevorstehe, wäre verfehlt. Die augenblicklich herrschenden Preisspannen — so z. B. auch die Mühlenspanne und die Backspanne — seien seiner Meinung nach elastisch genug, um die Preisschwankungen an den Produktionsorten aufzufangen. Im übrigen sei es eine natürliche Erscheinung, daß gerade in der gegenwärtigen Jahreszeit sich eine ansteigende Tendenz der Getreidepreise bemerkbar mache. Trotz dieser natürlichen Preisschwankungen werde es aber zu keiner Preiserhöhung kommen.

Die Osthilfefinanzierung

Berlin, 31. Januar.

Minister Schlange-Schönningh setzte in größerem Kreise die Besprechungen über die Frage der Osthilfefinanzierung fort, deren alte Grundlagen bekanntlich durch das zunehmende Absinken der Einkünfte aus der Industrie-Umlage gefährdet sind. Es bestätigt sich, daß die Preusstafel nunmehr gänzlich ausscheidet. Dagegen scheint man neue Wege gefunden zu haben, an denen die Reichsbank und die Rentenbank beteiligt sind.

Es besteht die Hoffnung, daß die Verhandlungen am heutigen Montag zum Abschluß kommen werden. Die Behauptung, daß der Rentenbankplan fallengelassen worden sei, ist unzutreffend, ebenso die Behauptung, daß der Reichsbankpräsident Widerspruch erhoben habe, weil es sich um eine Währungsfrage handele.

Das Handwerk gegen Reparationen

Hannover, 21. Januar

Der Vorstand des Deutschen Handwerks- und Gewerbetagungsamtes trat hier unter dem Vorsitz des Präsidenten Pflugmacher-Magdeburg zu wichtigen Beratungen zusammen. Generalsekretär Dr. Meusch erstattete den Geschäftsbericht, der sich mit der derzeitigen Wirtschaftslage befaßte und auf die Beschlüsse einging, die der Wirtschaftspolitische Arbeitsausschuß des Kammertages und Reichsverbandes zur 4. Notverordnung gefaßt hat. Die Fortführung der bisherigen einseitigen Deflationspolitik müsse zu einer immer weiter um sich greifenden Lähmung der Handwerkswirtschaft führen. Vordringlich sei daher eine Belegung des Arbeitsmarktes, wobei auch an einer gründlichen Ueberprüfung des Geld- und Währungsproblems nicht vorbeigegangen werden könne. Der Berichterstatter gab weiter seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß es sich bei der gegenwärtigen Krise nicht nur um eine vorübergehende Konjunkturkrise handele, sondern allem Anschein nach um eine Wende des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Hierzu müßten die Spitzenverbände des Handwerks rechtzeitig Stellung nehmen, um dem mit der Herzweilung ringenden Handwerk einen Weg aus der Not zu weisen. In Uebereinstimmung

mit der berufsständischen Idee sei davon auszugehen, daß ein schrankenloser Wirtschaftsliberalismus nicht in Frage käme, während andererseits sich das Handwerk auch mit einer staatlichen Planwirtschaft nicht befremden könne. Eine mittlere Linie im Sinne einer planvollen Marktwirtschaft müsse gefunden werden. Eine solche Marktwirtschaft sei durch berufsständische Selbstverwaltung und Selbstverwaltung der wirtschaftlichen Erwerbsstände durchzuführen, ohne daß dadurch der Grundsatz der selbstverantwortlichen Wirtschaftsführung der einzelnen Betriebe ausgeschaltet werde.

In Anlehnung an den Geschäftsbericht betonte die Aussprache die Notwendigkeit einer Beseitigung der Reparationslasten, ohne die eine Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft nicht zu erwarten sei. Unter allgemeiner Zustimmung wurde hierzu nachstehende Entschlußfassung gefaßt:

„Die Vorstände der handwerklichen Spitzenorganisationen haben schon bei den Beratungen zum Youngplan darauf hingewiesen, daß die Lasten dieses Planes die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft übersteigen und damit zu einer schweren Erschütterung der handwerkswirtschaft führen müßten. Die Entwicklung der letzten Jahre hat diesen Befürchtungen recht gegeben. Durch die ungeheure Not der deutschen Wirtschaft wird die Zahlung weiterer Reparationsleistungen unmöglich gemacht. Eine Gesundung der deutschen Wirtschaft und eine Erholung der Weltwirtschaft ist nur möglich, nach Beseitigung der politischen Tribute.“

Beschlüsse des Völkerbundsrats

Ein Engländer Präsident der Saar-Regierung

Genf, 31. Januar

Der Völkerbundsrat hat in geheimer Sitzung zum Präsidenten der Saarregierung den bisherigen englischen Botschaftsrat in Madrid, George Knog, ernannt. Der neue Präsident der Saarregierung, der 58 Jahre alt ist, war 1923 Geschäftsträger der englischen Botschaft in Berlin und beherrscht die deutsche Sprache. Zum juristischen Mitglied der Saarregierung wurde der frühere Präsident des Verwaltungsgerichts in Belgrad, Zoricich, ernannt, der gleichfalls die deutsche Sprache beherrscht und eine Zeitlang Regierungspräsident in Ugram gewesen ist.

Der Völkerbundsrat beschloß ferner, die Gehälter und Repräsentationskosten der Saarregierung um 10 v. H. herabzusetzen. Der neue Präsident und das juristische Mitglied der Saarregierung treten ihre Posten am 1. April an.

Beschwerde der Deutschen verworfen

Die Beschwerde der deutschen Minderheit in Polen über die willkürliche Durchführung der Agrarreform gegen den deutschen Grundbesitz durch die polnischen Behörden ist auf die Maitagung des Völkerbundsrates verschoben worden, da der japanische Berichterstatter, Botschafter Sato, sich außerstande erklärt hat, im Hinblick auf das außerordentlich umfangreiche Dokumentenmaterial jetzt bereits dem Völkerbundsrat Vorschläge zur Regelung der Frage vorzulegen. Die Beschwerde der deutschen Minderheit in Polen bleibt somit bis zur Maitagung in der Schwebe. Auf ausdrücklichen Wunsch der deutschen Abordnung ist gegen den heftigen Widerstand der polnischen Abordnung beschlossen worden, daß das Minderheitenverfahren gegen die polnische Regierung als eröffnet gilt.

Die Ukrainer-Beschwerde abgelehnt

Zu der Beschwerde der ukrainischen Minderheit gegen die polnische Regierung nahm der Völkerbundsrat einen Bericht des japanischen Berichterstatters Sato an, in dem unangenehm für die polnische Standpunkt anerkannt und das gesamte Verfahren gegen Polen als endgültig abgeschlossen erklärt wird. In dem Bericht wird festgestellt, daß der Völkerbundsrat der Auffassung der polnischen Regierung sei, wonach die Ausnützung des Minderheitenschutzes des Völkerbundsstatutes zu böswilligen Werbezwecken gegen einen Staat unzulässig sei. Alle vorgelegten Dokumente hätten diesen Tatbestand bestätigt.

Stärkt das Auslandsdeutschtum!

Eine berechtigte Mahnung Gesslers.

Der Vorsitzende des Vereins für das Deutschtum im Auslande, Reichsminister a. D. Dr. Gessler, äußerte sich über die Notwendigkeit, gerade in der Zeit des Zusammenhangs mit dem Auslandsdeutschtum aufrechtzuerhalten und die deutschen Kulturposten außerhalb der Reichsgrenzen nicht zusammenbrechen zu lassen, u. a. wie folgt:

Gerade so, wie wir im Inneren den physischen Untergang deutscher Volksgenossen durch die soziale Wohlfahrts-pflege verhindern, dafür größte Opfer gebracht haben und noch weiter zu bringen entschlossen sind, müssen wir die Deutschen außerhalb der Reichsgrenzen vor dem nationalen Untergang bewahren. Wir können es uns gerade jetzt nicht leisten, auf etwa ein Drittel unserer Volksgenossen einfach zu verzichten, die draußen in wirtschaftlicher, kultureller und politischer Beziehung wertvolle Aktivposten sind.

Erst mit diesen Auslandsdeutschen zusammen bilden wir das deutsche Volk. Was hier zerstört wird, bleibt zerstört. Die Generation, die verlorengeht, wird uns in ihren Kindern nicht mehr nachwachsen. Besonders gefährdet ist im Augenblick das deutsche Privatschulwesen Polens, das nur durch inländische Hilfe aufrechterhalten werden kann und Tausende deutscher Kinder in Mutter Sprache und Vaterland erhält. Ueber 35 000 deutsche Schulkinder sind in Polen bereits ohne deutschen Unterricht. Die Wegnahme des deutschen Domes in Riga, die Abbröckelung der deutschen Kulturautonomie im Saate Lettland ist ein deutliches Zeichen dafür, daß fremde Völker die augenblickliche bedrängte Lage des Reiches ausnützen wollen.

Der Verein für das Deutschtum im Auslande sieht sich daher gerade jetzt gezwungen, an seine Mitglieder, seine Freunde und alle die Millionen, die dem Verbanne noch nicht angehören, obgleich sie auch heute noch zu dem kleinen materiellen Opfer des Mitgliedsbeitrages von 3 Mark im Jahr imstande sind, die Bitte zu richten, unseren schwer kämpfenden Volksgenossen die Treue zu halten und durch die Tat zu beweisen.

Tagung des Parteivorstandes der Wirtschaftspartei.

Berlin, 1. Februar. Der Parteivorstand der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) beschickte sich unter dem Vorsitz des wieder genessenen Parteiführers Dr. Bredt mit organisatorischen Fragen der Partei. Dabei wurden auch die Vorbereitungen der Parteiwahlen und der Reichspräsidentenwahl erörtert. Entscheidungen über die Haltung der Partei zur Kandidatur Hinburgs wurden jedoch der Reichstagsfraktion vorbehalten.

Volkswirtschaft

Devisenkurse. Dollar 4,209 (Geld) 4,217 (Brief), engl. Pfund 14,52 14,56, holl. Gulden 169,48 169,82, Belgia (Belgien) 58,71 58,83, ital. Lira 21,05 21,09, dän. Krone 80,12 80,28, norm. Krone 78,72 78,88, franz. Franken 16,56 16,60, tschech. Krone 12,465 12,485, schweiz. Franken 82,11 82,27, span. Peseta 34,96 35,04, schwed. Krone 81,27 81,43, österr. Schilling 49,95 50,05.

Berliner Produktenbörse.

An der Berliner Produktenbörse setzte sich die feste Tendenz am Sonnabend weiter fort. Für prompten Roggen und Weizen wurden höhere Preise erzielt. Die Notierungen für beide Brotgetreidearten stiegen um 2 Mark. Mehl hatte laufendes Konsumgeschäft, und die Preise lagen um 25 Pfg. höher. Für Hafer war die Tendenz kaum stetig.

Notierungen vom 30. Januar:

Weizen, märk.	238—240	Lupinen, gelbe	14,50—16,00
Roggen, märk.	198—200	Serradella	23,00—29,00
Braugerste	158—168	Ackerbohnen	14,00—16,00
Futtergerste	153—158	Widen	16,00—19,00
Hafer, märk.	138—146	Erdnußtuchen	12,50—12,60
Weizenmehl	29,00—32,75	Erdnußtuchmehl	12,20—12,30
Roggenmehl	27,50—29,75	Leintuchen	11,50—11,60
Weizenkleie	9,60—10,00	Trockenschmelz	6,70—6,80
Roggenkl. fr. Bln.	9,60—10,00	Sojabohnenschrot	
Wittoriaerbsen	21,00—27,50	ab Hamburg	10,60—10,80
Futtererbsen	15,00—17,00	ab Stettin	11,75
Lupinen, blaue	10,00—12,00	Kartoffelstoden	12,50—12,60

Zeichnungsfrist für Reichsbahnleihe verlängert.

Der Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft hat beschlossen, die Frist für die Zeichnung der steuerfreien Reichsbahnleihe um einen weiteren Monat bis zum 29. Februar zu verlängern. Die Reichsregierung hat der Verlängerung zugestimmt. Mit Rücksicht auf die immer noch schwierigen Verhältnisse auf dem Geld- und Kapitalmarkt wird allen Zeichnern hinsichtlich der zweiten 30prozentigen Rate vom 15. Februar eine Erleichterung gewährt. In diesem Tage sind von den Zeichnern, die die erste Rate bereits gezahlt haben, nur 15 Prozent, weitere 15 Prozent am 2. April zu zahlen.

Die Lebenshaltungskosten im Januar.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „Sonstiger Bedarf“) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats Januar 1932 auf 124,5 gegenüber 130,4 im Dezember 1931. Der Rückgang beträgt somit 4,5 Prozent. An dem Rückgang sind sämtliche Bedarfsgruppen beteiligt. Der Rückgang der Reichsindexziffer ist wesentlich größer als in den Vormonaten und hängt zum großen Teil mit den Auswirkungen der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 zusammen.

Schweden droffelt Einfuhr.

Die Bestimmungen der neuen Zollvorlage.

Im schwedischen Reichstag wurde die Regierungsvorlage über die Zollerhöhungen eingebracht.

Die Zuschläge erstrecken sich im besonderen auf Einfuhrwaren, die als Luxusartikel angesehen werden können; auch die schwedische Einfuhr von Deutschland wird sehr erheblich betroffen.

Für Seide und Kunstseide wird ein Zuschlag von 300 Kronen je 100 Kilogramm beantragt, für Automobile und Motorräder ein Zuschlag von 5 Prozent des Wertes, für frische Karioffeln ein Zuschlag von 7,50 Kronen je 100 Kilogramm, für Äpfel, Birnen und anderes frisches Obst 10 Kronen, für Konerven 25 Kronen, für ungerösteten Kaffee 15 und für gerösteten Kaffee 18 Kronen je 100 Kilogramm. Ferner werden für Kakao, Schokolade, Toilettenartikel, Pelze, Blumen, Radio- und Sprechapparate und eine Reihe weiterer Warengruppen Zollzuschläge beantragt. Man berechnet, daß durch diese Zollmaßnahmen eine Einfuhrverminderung der betroffenen Waren um 20 Prozent erfolgen wird und der Steuerkasse 20 Millionen Kronen neue Zolleinnahmen zufließen werden.

Devisenschieber verhaftet.

Wieder ein Berliner Bankhaus beschuldigt.

Berlin, 1. Februar.

Ein Direktor Harte wurde vom Vernehmungsrichter verhaftet, weil er Werbeschriften eines Amsterdamer Bankhauses verteilte, in denen deutschen Kapitalisten geraten wurde, durch die Vermittlung Hartes Gelder in Amsterdam anzulegen.

Nach der Devisenverordnung wird bereits die Werbung als strafbar angesehen und mit Zuchthaus nicht unter einem Jahr geahndet.

Der Vernehmungsrichter verhaftete ferner den Dentisten Wellnig aus Regenthin (Neumark), der gestand, Devisen nach Holland gebracht zu haben. Es wurde außerdem ermittelt, daß das Berliner Bankhaus Blumenthal & Waldstad mit in die Angelegenheit verwickelt ist. Der Bankier Waldstad wird beschuldigt, die Kapitalflucht geleitet zu haben.

Reichsgericht spricht Hugenberg frei.

Das Urteil im „Reisucherungsprozeß“.

Leipzig, 1. Februar.

In einem Artikel des „Tag“ nach Abschluß der Einzeichnungsfrist für das Volksbegehren gegen den Youngplan hieß es, daß „hoffentlich inzwischen nicht allzu sehr reuschiert“ werde. Der Artikel war von Dr. Hugenberg verfaßt. Das Schöffengericht hatte Dr. Hugenberg wegen öffentlicher Beleidigung zu 500 RM Geldstrafe verurteilt.

Das Reichsgericht hob das Urteil auf und sprach den Angeklagten frei. Die Kosten und notwendigen Auslagen des Angeklagten fallen der preussischen Staatskasse zur Last.

Wegen der Veröffentlichung dieses Artikels hatte das Reichsgericht bereits den verantwortlichen Schriftleiter des „Tag“ in Aufhebung des erstinstanzlichen Urteils freigesprochen, weil der Kreis jener Personen, die beleidigt sein sollten, vom Gericht nicht fest zu umgrenzen war. Das nun auch den Verfasser des Artikels freisprechende Urteil des Reichsgerichts erfolgte im wesentlichen unter der gleichen Begründung.

Sport vom Sonntag

Fußball.

Turngau Meißner Hochland VZ.

Turngau. Bad Schandau II gegen Tu. Hohnstein I 3 : 2 (2 : 0).

Ein Ergebnis, das den beiderseitig gezeigten Leistungen in jeder Weise gerecht wird. Der Gastgeber spielte meist leicht überlegen. Vor allem war er sehr eifrig. Die Hohnsteiner haben noch viel zu lernen. Ihre ganze Spielweise ist noch zu durchsichtig aufgebaut, um zu Erfolgen führen zu können. Die Turngämeinderer konnten sich für ihre letzte Niederlage erfolgreich verabschieden.

Turngau. Bad Schandau Jugend gegen Tu. Hohnstein II 0 : 0. Die Jugend des Gastgebers erzielte ein ehrenvolles Unentschieden.

Fußball in Sachsen

Am ostsächsischen Fußball gab es am Sonntag wichtige Positionskämpfe. Die beiden noch immer vom Abstieg bedrohten Mannschaften von Rasensport und der Sportgesellschaft 1893 konnten sich siegreich durchsetzen. Klar am Ende stehen jetzt Meißner 08 und der Sportverein 06, die am Sonntag beide spielfrei waren. Die schwierigste Aufgabe löste die Sportgesellschaft 1893, denn sie schlug den Riesaer SV knapp mit 2:1, während sich Rasensport mit 4:2 gegen die Spielvereinigung behauptete. Der Dresdener SC kam mit 2:1 zu einem nur knappen Sieg über Brandenburg. Ring-Greifing und Guts Muts standen sich um den zweiten Tabellenplatz gegenüber; durch das 2:2-Unentschieden behält Ring-Greifing zunächst den zweiten Rang vor der Guts-Muts-Elf.

Auch durch die Spiele am Sonntag ist die Meisterschaftsfrage in Leipzig der Klärung nicht nähergebracht worden. Sowohl die Sportfreunde wie auch Wacker gewannen ihre Spiele unerwartet sicher und bleiben damit weiter gemeinsam an der Spitze der Tabelle. Die Sportfreunde befanden sich in glänzender Verfassung und fertigten Eintracht ganz überlegen mit 5:0 (2:0) ab, während Wacker der Elf von Fortuna mit 5:2 (3:1) das Nachsehen gab. VfB-Leipzig ist wieder im Kommen, wie sein neuerlicher Sieg von 6:0 (1:0) über Olympia-Germania beweist. Ueberraschend hoch schlug die Spielvereinigung VfB-Zwenkau mit 4:0 (3:0). Die Sportfreunde-Markranstädt hatten mit 1:3 (0:1) das Nachsehen gegen TuB.

Auslosung der zweiten Hauptrunde

In Leipzig fand am Sonntag die Auslosung zur zweiten Hauptrunde der Spiele um den WVB-Pokal statt, an der noch sechzehn Mannschaften teilnahmeberechtigt sind. Zweifelsfrei ist noch, ob Spielvereinigung-Falkenstein ob. Sport- und BC-Blauen teilnehmen wird. Gegen den Beschluß des Verbandsvorstandes, der die Blauen wegen angeblicher Teilnahme eines nicht spielberechtigten Spielers ausgeschlossen hatte und dafür Spielvereinigung-Falkenstein spielen lassen wollte, haben die Blauen Einspruch erhoben, über den erst noch entschieden werden muß. Die nächste Pokalrunde wird am 21. Februar ausgetragen. Die Spiele finden im Gebiet oder in der Stadt der zuerst genannten Vereine statt; die Plätze werden noch bekanntgegeben.

Folgende Paarungen wurden ausgelost: VfB-Neustadt-Coburg gegen Eintracht-Leipzig, SC-Limbach gegen Preußen Bieha, VfB-Schönebeck gegen SC-Großröhrsdorf, Wacker-Halle gegen VfB-Glauchau. Sportfreunde-Halle gegen Preußen-Langensalza, Halle 96 gegen Ring-Greifing-Dresden, VfB-Leipzig gegen Fortuna-Magdeburg, Sport- und BC-Blauen oder Spielvereinigung-Falkenstein gegen FC-Lauscha.

Minerva ist Berliner Abteilungsmeister geworden, da das Treffen Blau-Weiß-Minerva 2:2 endete und so der noch nötige Punkt gewonnen wurde. Blau-Weiß wehrte sich verzweifelt und errang das Unentschieden verdient. Hertha-BSC war auch ohne Sobel in großer Form und schlug Preußen glatt mit 5:0. In der B-Abteilung blieb die Spitze unverändert, da die Favoriten Tennis-Borussia und Viktoria siegten. Der Polizei-SV unterlag Tennis-Borussia mit 2:3 und verfiel damit dem Abstieg. Ergebnisse: Blau-Weiß-Minerva 2:2; 1. FC. Neutölln-Meteor 4:0; Wacker 04-Spandauer SV 0:2; Hertha-BSC-Preußen 5:0; Polizei-SV-Tennis-Borussia 2:3; Viktoria 89-Adlershofer BC 6:1; Union-Ob.-VfB. Pankow 1:2; Union-Potsdam-Nordend-Nordwest 2:5. Gesellschaftsspiele: BSB. 92-Südstern 3:0; BV. Lützenwalde-Wedding 4:1.

In Pommern wurde die erste Endrunde ausgetragen. Die Ergebnisse: VfL. Stettin-Sahliner SC 7:1; Stettiner SC-Treppower Polizei 3:1. Die Provinz ist damit ausgeschaltet. VfL. und SC. treffen am 14. Februar auf Polizei und VfB.

Verschiedene Sportnachrichten

Turner und Schwimmer saßen in der Sitzung ihrer Arbeitsgemeinschaft einige wichtige Beschlüsse. Bei örtlichen Veranstaltungen soll die gemeinsame Wettkampftätigkeit der Mitglieder beider Verbände generell gestattet sein, darüber hinaus ist die Zustimmung der Verbände nötig. Weiterhin wurde beschlossen, die Olympia-Vorbereitungen gemeinsam durchzuführen, während die Verantwortung der Frage „Sind Turner- und Sportlehrer Amateure“ dem FVWA-Kongress überlassen wurde.

Beim Hallensportfest in Altona liefen im Sprinter-Dreikampf Sonath und Körnig überraschend totes Rennen und teilten sich mit je 6 Punkten vor Lammers (7) und Borchmeyer in den Sieg. Die 800 Meter holte sich erwartungsgemäß Dr. Pelzer, allerdings in der mäßigen Zeit von 2:13,4.

Ein Länderringkampf Holland-Deutschland in Amsterdam wurde von den Deutschen mit 11:7 Siegen und 31:40 Verlustpunkten gewonnen. Deutschland war durch westdeutsche Ringer vertreten.

Im Frankfurter Sechstages-Rennen gab es am Sonntag zahlreiche verschickte Runden, wovon vor allem die schwachen Paare profitierten. Am Abend lagen Charlier-Deneef eine Runde vor, Raush-Hürtgen, van Kempen-Braspenning, Schön-Tieb, Kroll-Maidorn, Goebel-Dinale und Wambst-Proccardo. 3 bis 10 Runden zurück folgte das übrige Feld.

Die „Nacht der Nächte“, ein Stuttgarter Radrennen, wurde vor 5000 Zuschauern von den Belgiern-Verts-Haezendonck gewonnen.

Bei den Berliner Berufsborkämpfen sorgten Trollmann und der Reger Beasley für Belustigung des Publikums. Das kaum als Kampf zu bemernde Treffen endete unentschieden, ein Ergebnis das auch der Berliner Wöltner gegen Sabotte erzielte. Harry Stein schlug Golyres nach Punkten und Knöpfel zwang Weiber zur Aufgabe.

Bei den Berufsborkämpfen in Elberfeld trennten sich vor 2500 Zuschauern im Kampf um die deutsche Bantamgewicht-Meisterschaft der Verteidiger Wegner-Köln und Hinz-Garmen in 12 Runden unentschieden. Wegner bleibt also Meister.

Das Hergberg-Rennen bei Bad Hilsberg wurde von Schindl-Weigelsdorf auf WZS. mit einem Stundenmittel von 90 Kilometern gewonnen. Der Breslauer Brudes wurde mit seinem Zugatti aus der Kurve getragen, blieb aber unverletzt. 3000 Zuschauer wohnten dem Rennen bei.

Schweizer Skimeister wurde bei Zermatt der dort heimische Elias Julien vor seinem Bruder Alphons, David Jogg-Krofa und Gumpold-Deisterreich.

Oesterreichs Eishockeymeister, der Wiener EV, wurde jetzt entthront, nachdem er 14 Jahre ununterbrochen den Titel innehatte, wurde der Wiener EV. im Schlusspiel vom Pöhlensdorfer SC. knapp mit 2:1 geschlagen.

Bei den Tischtennis-Weltmeisterschaften in Prag siegte Barna im Herreneinzel, im Entscheidungsspiel mit 3:2 Sätzen gegen Szabados. Sipos-Barna (Ungarn) wurden kampflös Weltmeister im Doppel.

Unsere Olympia-Eishockeyspieler sind mit dem Sapagdamper Hamburg in New York eingetroffen und wurden vom dortigen Empfangskomitee, dem Olympiasekretär John Bliz und dem deutschen Konsul Schwarz empfangen. Obwohl die Reise teilweise stürmisch verlief, befinden sich alle Spieler wohl.

In Lake Placid sprang der deutsche Biereisboob mit Hauptmann Zahn als Führer aus der Zitzack-Kurve. Zahn wurde schwerverletzt ins Krankenhaus geschafft, Mehlhorn und Rohner kamen etwas glimpflicher davon, während ein mitfahrender Amerikaner unverletzt blieb.

Hans Schönratz ist in Amerika geblieben und will erst im Frühjahr zurückkehren. Seine Lippe ist wieder aufgeplatzt, so daß er noch einmal genäht werden mußte. Schönratz besucht erst seine auf einer Farm in Kanada lebenden Eltern.

Deutsche Sportjugend.

Unter diesem Namen gibt der Deutsche Fußball-Bund eine schöne Jugendsportzeitschrift heraus, die zur Zeit in monatlich 70.000 Stück an die Jugendlichen in seinen Vereinen geht. Auf 32 farbig gedruckten Seiten bringt die Zeitschrift für jeden lebendigen Jungen eine außerordentliche Fülle von Bildern aus dem Sport- und Jugendsportleben, klare sporttechnische Lehraufsätze, spannende Erzählungen und gute Darstellungen aus dem Jugendsportleben. Die Jungen schreiben teilweise selber, knüpfen neue Kameradschaften über das ganze Reich hin, erzählen sich von Freizeid und Leid, von Kampf und Sieg. Die Zeitschrift ist in keiner Weise einseitig, sondern enthält je nach den Jahreszeiten eine Fülle jeglichen Sports naturgemäß unter besonderer Berücksichtigung des Fußballs.

32 farbige Seiten stark, künstlerisch von guter Form, mit vielen lebendigen Bildern und von einem richtigen Jugendsport erfüllt, kostet die Zeitschrift bei der Post (auch beim Briefträger) bestellt, vierteljährlich (3 Hefte) nur ganze 30 Pfennige.



Die neu herausgegebenen **Bilanzkurse** der deutschen Wertpapier-Börsen liegen an unseren Schaltern zur Einsichtnahme aus. Auskünfte hierüber werden von uns jederzeit gern erteilt.

Beratung über die im Ausland bestehenden Devisen-Verordnungen, insbesondere Oesterreich und Ungarn.

Gebr. Arnhold
Dresden-A. 1 Berlin W. 8

Bob „Deutschland“ verunglückt.

— New York, 1. Februar.

Bei einer Trainingsfahrt der deutschen Bobmannschaft auf der Olympischen Bobbahn zu Lake Placid sprang der unter Führung von Hauptmann Zahn-Braunschweig stehende Bob „Deutschland“ in der Zitzack-Kurve aus der Bahn. Hauptmann Zahn erlitt einen komplizierten linken Armbruch und außerdem innere Verletzungen. Der Deutsche Mehlhorn wurde am Auge schwer verletzt. Der Deutsche Rohner kam mit leichten Rückenverletzungen davon, während der Amerikaner unverletzt blieb.

Der Kronprinz von Abessinien in Berlin.

Berlin. Am Sonntag traf auf dem Anhalter Bahnhof der äthiopische Thronerbe, Prinz Meridazmach Alsfau Wofjan, aus Rom kommend, inoffiziell in Berlin ein. Der 16jährige Prinz sowie der mit ihm reisende Schwiegerohn des Kaisers von Abessinien, Gedschasmach Desta Damit, sind mit ihrem glänzenden Gefolge im „Hotel Kaiserhof“ abgestiegen. Unter anderem gilt der Besuch des Prinzen auch der Grünen Woche.

Bermischte Nachrichten aus aller Welt.

Schusswaffen im Kinderwagen.

Gießen. Seit geraumer Zeit wurde Gießen und Umgebung von einer Einbrecherbande heimgesucht. Der Kriminalpolizei ist es nun gelungen, die Täter, darunter zwei weibliche Personen, festzunehmen. Auf das Konto der Bande kommen nicht weniger als 50 Einbrüche sowie zahlreiche Postautomatendiebstähle. In den Wohnungen der Täter wurde zahlreiches Diebesgut und modernes Einbrecherwerkzeug gefunden. Als die Schwefere eines der Verhafteten mit dem Kinderwagen fortjahren wollte, wurde dieser von der Polizei untersucht. Man fand in dem Wagen mehrere Schusswaffen vor.

Absturz eines schweizerischen Flugzeuges.

Taragona. Ein kleines schweizerisches Flugzeug stürzte in den Bergen bei Candeta ab, wobei die beiden Insassen, der Pilot und eine Dame, verbrannten. Das Flugzeug trug die Erkennungszeichen „DH 1 6367“. Das Unglück ereignete sich in dichtem Nebel. An der Unfallstelle wurde eine metallene Tabakdose gefunden mit der Aufschrift „Eugene Klung“.

Die eigene Beerdigung gestört.

New York. In Richmond im Staate Virginia ereignete sich der gewiß seltene Fall, daß ein Mann seine eigene Beerdigung unterbrach und rückgängig machte. Es handelt sich um den 53jährigen Robert N. Roberts, der am Freitag zu seiner eigenen Beerdigung hinfuhr und den Beweis liefern konnte, daß die Leiche nicht er selbst, sondern jemand anders sei. Der Dame, die „seine“ Leiche mit einem neuen Totenkleid versehen hatte, sowie den Spendern von Kränzen und dem sonstigen Trauergefolge dankte Mr. Roberts auf das freundlichste und zog sich dann wieder in sein tägliches Dasein zurück.

Sächsisches.

Ein Hindenburg-Ausschuß für Sachsen

Dresden, 1. Februar.

Wie wir hören, ist in Sachsen, ebenso wie in anderen Ländern, ein Ausschuß parteipolitisch nichtgebundener führender Persönlichkeiten zur Vorbereitung der Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg in Bildung begriffen.

Für weitere Senkung der Postgebühren

Dresden, 1. Februar.

Der Gesamtvorstand des Verbandes Sächsischer Industrieller faßte folgende Entschlüsse:

Der Verband Sächsischer Industrieller begrüßt die am 15. Januar in Kraft getretene Ermäßigung der Gebühren für Briefe, Postkarten und Pakete, hält aber diese Senkung noch nicht für ausreichend, wenn eine wirklich ins Gewicht fallende Entlastung der Wirtschaft erreicht werden soll. Er fordert daher möglichst bald auch eine Senkung der Druckgebühren, die bei der jetzigen Wirtschaftslage für Werbezwecke eine besondere Rolle spielen, der teilweise noch überhöhten Fernspreckgebühren, insbesondere auch Ermäßigung bzw. Wegfall der sogenannten Grundgebühr und eine Ermäßigung der Gebühren für Warenproben und Mischsendungen. Bezüglich der Druckgebühren weist der Verband Sächsischer Industrieller besonders darauf hin, daß eine Ermäßigung mit größter Wahrscheinlichkeit nicht zu einer Verminderung, sondern infolge der voraussichtlichen Steigerung des Verkehrs zu einer Erhöhung der Einnahmen führen würde.

Invalidenversicherung.

Am 1. Januar 1932 liefen im Bereiche der sächsischen Landesversicherungsanstalt 294.961 Renten, und zwar 204.619 Invaliden-, Kranken- und Altersrenten, 59.968 Witwenrenten und 30.374 Waisenrenten (mit rund 40.000 Waisen).

Gegenüber den Bestandszahlen vom 1. Oktober 1931 ergibt sich somit eine Zunahme von 3190 laufenden Renten, von denen 2452 (77 v. H.) Invalidenrenten und 738 (23 v. H.) Hinterbliebenenrenten sind.

Im ganzen laufenden Jahre 1931 hat sich der Rentenbestand um insgesamt 10.188 laufende Renten vermehrt.

Heilverfahren sind im 4. Vierteljahr 1931 insgesamt 3358 (gegen 3959 im 2. Vierteljahr) abgeschlossen worden, und zwar 509 für Lungentuberkulose und 2849 für andere Kranke. Ende Dezember 1931 befanden sich 1914 Kranke in Heilstätten, davon 872 in den eigenen Heilstätten Hohwald, Lindenhof und Gottseuba.

Im ganzen Jahre 1931 sind insgesamt 42.508 Heilbehandlungen abgeschlossen worden gegenüber 49.946 im Jahre 1930; davon wurden 12.485 in Heilstätten und die restlichen 29.023 ambulatorisch durchgeführt. Von den Heilstättenbehandlungen betrafen 1957 (1930: 2713) Lungentuberkulose, 10 Hauttuberkulose, 34 Knochen-, Gelenk- und andere Tuberkulosen, 10 Krebs-, 4140 (1930: 2802) Geschlechtskrankheiten und 7330 (1930: 9924) andere Krankheiten. In den eigenen Heilstätten Gottseuba, Hohwald, Lindenhof und Waldhof wurden 10.811 Lungentranke und 5759 andere Kranke behandelt.

Dresdner Schlachtviehmarkt

vom 1. Februar 1932

Wertklassen	Preise f. 50 kg RM	
	Lebendgewicht	Schlachtgewicht
I. Rinder:		
A Ochsen (Auftrieb 155)		
1. vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwertes:	32—36	62
2. sonstige vollfleischige:	28—31	57
3. fleischige	23—27	50
4. gering genährte	20—22	45
5. holsteiner Weidemast	—	—
6. Argentinier	—	—
B Bullen (Auftrieb 353)		
1. jüngere, vollfleischige, höchst. Schlachtwertes	30—32	54
2. sonstige vollfleischige oder ausgemästete	25—28	49
3. fleischige	19—23	41
4. gering genährte	—	—
C Kühe (Auftrieb 356)		
1. jüngere, vollfleischige, höchst. Schlachtwertes	26—30	51
2. sonstige vollfleischige oder ausgemästete	20—24	43
3. fleischige	14—18	34
4. gering genährte	10—12	29
5. holsteiner	—	—
D Färsen (Kalbinnen) (Auftrieb 67)		
1. vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwertes	32—35	61
2. sonstige vollfleischige	24—30	54
E Fresser (Auftrieb 23)		
mäßig genährtes Jungvieh	—	—
II. Kälber (Auftrieb 867)		
1. Doppeltender bester Mast	—	—
2. beste Mast- und Saugkälber	38—42	65
3. mittlere Mast- und Saugkälber	33—37	59
4. geringe Kälber	30—32	57
5. geringste Kälber	25—28	53
III. Schafe (Auftrieb 906)		
1. beste Mastlamm und jüngere Mastlamm:	—	—
a) Weidemast	—	—
b) Stallmast	—	—
2. mittlere Mastlamm, ältere Mastlamm und gutgenährte Schafe	39—42	81
3. fleischiges Schafvieh	30—37	72
4. gering genährte Schafe und Lämmer	22—30	62
IV. Schweine (Auftrieb 2810)		
1. Fetttschweine über 300 Pfd.	42	53
2. vollfleisch. Schweine v. 240—300 Pfd.	40—41	52
3. vollfleisch. Schweine v. 200—240 Pfd.	39—40	53
4. vollfleisch. Schweine v. 160—200 Pfd.	37—38	52
5. fleischige Schweine von 120—160 Pfd.	34—36	50
6. fleischige Schweine unter 120 Pfd.	—	—
7. Sauen	30—36	46

Gesamtauftrieb: 5537 Stück.

Heberfänder: 172 Rinder, davon 42 Ochsen, 44 Bullen, 86 Kühe, außerdem — Kälber, 105 Schafe, — Schweine.

Geschäftsgang: Rinder schlecht, Kälber und Schafe mittel, Schweine langsam.

Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Speise des Handels ab Stall für Frachten, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, erheben sich also wesentlich über die Stallpreise. — Ausnahmepreise über Notiz.